

## 2. Die Voraussetzungen, Quellen und Methoden der Arbeit

### 2.1. DFG-Projekt zur Geschichte der Lebenserwartung (1986-90)

Die Säuglingssterblichkeit im 18. und frühen 19. Jahrhundert zu erörtern setzt den Rückgriff auf Bevölkerungsdaten voraus. Offizielle Statistiken geben für diesen Zeitraum kein entsprechend differenziertes Material an die Hand. Es sind in erster Linie die Kirchenbücher, aufgegliedert in Tauf-, Heirats- und Beerdigungsregister, die diese Quellenlücke füllen. Sie enthalten spätestens seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert individuelle Lebensdaten, die sich jeweils auf einzelne Pfarreien beziehen. Die auf solche Quellen gründende Forschung ist mühsam, zeitaufwendig und kostspielig. Im Prinzip muß jede Taufe, jede Heirat und jede Beerdigung familienweise reorganisiert und computergespeichert werden. Im Anschluß daran erfolgt die Korrektur und Bereinigung der Daten nach den Konventionen der Historischen Demographie. Erst nach der Bereitstellung können die Daten je nach Fragestellung ausgewertet werden. Wird die Bereitstellung der Daten nicht nur für ein einzelnes Kirchspiel, sondern für eine große Zahl angestrebt, und umfaßt der Untersuchungszeitraum mehrere Jahrhunderte, dann nimmt die Grundlagenforschung selbst dann mehrere Jahre in Anspruch, wenn die Einzelschicksale nicht direkt aus den Kirchenbüchern, sondern aus Zusammenstellungen der Kirchenbucheinträge (Ortssippenbücher) gewonnen werden.

Die vorliegende Arbeit basiert auf der Berliner Datenbank. Diese wiederum ist das Ergebnis eines Grundlagenforschungsprojekts, das am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin unter der Leitung von A.E. Imhof in den Jahren 1986 bis 1990 von einem zehnköpfigen Team geleistet worden ist. Das Projekt mit dem Titel "Lebenserwartungen in Deutschland vom 17. bis 19. Jahrhundert" wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Im Projektteam waren R. Gehrman und M. Roycroft verantwortlich für die Datenerhebung und Datenbearbeitung. Die Autorin der vorliegenden Arbeit verfaßte landeskundliche Beschreibungen der sechs Auswahlregionen, aus denen Kirchenbuchdaten Eingang in die Berliner Datenbank fanden. Diese wurden im Rahmen der Projektdokumentation publiziert: A.E. Imhof et al., Lebenserwartungen in Deutschland... (1990). Durch die Berliner Datenbank, ihrerseits Ergebnis des DFG-Projektes, wurde die in dieser Arbeit vorgelegte Erforschung der Säuglingssterblichkeit erst ermöglicht.

### 2.2 Die Berliner Datenbank und ihre Quellen (quantitative Daten)

Die wichtigsten Quellen der Berliner Datenbank sind sogenannte Dorf- bzw. Ortssippenbücher<sup>1</sup>. Hierbei handelt es sich um die familienweise Zusammenstellung aller Bewohner eines Kirchspiels auf der Basis kirchlicher Tauf-, Heirats- und Beerdigungseintragungen. Die Genealogen, die diese Zusammenstellung zumeist durchführen, leisten mithin jene Familienrekonstitution, die Sozialwissenschaftler andernfalls erst selbst in langwierigen und aufwendigen vorwissenschaftlichen Arbeitsgängen vornehmen müßten. Zur Deckung des

---

<sup>1</sup> Zu den Quellen der Berliner Datenbank vgl. R. Gehrman und M. Roycroft, "Quellen und Methoden der Mortalitätsberechnungen..." (1990), 57-62.

Bedarfs an quantifizierbaren Basisdaten für historisch-demographische Analysen bieten sich die Ortssippenbücher demnach geradezu an. Einer der ersten, der dies erkannte, war J.E. Knodel. Der Professor für Soziologie an der Universität Michigan würdigte bereits in den 1970er Jahren die Forschungsmöglichkeiten der auf Deutschland begrenzten Quellengattung<sup>2</sup>. Darüber hinaus gehörte er zu denjenigen, die das Quellenmaterial zuerst als Grundlage für beispielgebende Studien, u.a. zur Säuglingssterblichkeit, nutzte<sup>3</sup>.

Warum Ortssippenbücher lange Zeit unbeachtet blieben und - zumindest in Deutschland - nur vergleichsweise selten zu Forschungszwecken herangezogen worden sind, erklärt W. Böser zu Recht damit, daß mögliche Benutzer aufgrund der Entstehungsgeschichte emotional stark vorbelastet waren und zum Teil heute noch sind<sup>4</sup>. Während die Benutzung kirchlicher Quellen in der Familienforschung schon vor der Wende zum 20. Jahrhundert üblich war<sup>5</sup>, fiel ihre erste serienmäßige Auswertung in die zwanziger und dreißiger Jahre. Unter der Förderung von Anthropologen und sogenannten Sozial- bzw. "Rassenhygienikern" standen nicht länger rein bevölkerungsstatistische Fragen im Zentrum des Interesses, wie noch zu Beginn des Jahrhunderts, sondern zusätzlich "bevölkerungsbiologische", d.h. ideologisch motivierte<sup>6</sup>. Den Anhängern der Eugenikbewegung ging es um die Erforschung des Erbgutes geschlossener Bevölkerungsgruppen. Waren die Gesetzmäßigkeiten der Vererbung erkannt, so sollten sie der "Verbesserung der menschlichen Rasse" dienen. "Wertvolle" Eigenschaften sollten bei der Fortpflanzung von Menschen gefördert, "minderwertige" verhindert werden. Von der Definition menschlicher Eigenschaften als "minderwertig" war der Schritt zur Definition menschlichen Lebens als "minderwertig" aber nicht mehr weit. So verfolgte die rassistische Ideologie der Nationalsozialisten mit und neben "rassenbiologischen" alsbald verbrecherische "rassenpolitische" Ziele, die in Zwangssterilisationen, Tötung und millionenfachem Mord gipfelten. Die Familienforschung wurde in den Dienst der Parteipolitik gestellt. Sie wurde in Teilen instrumentalisiert und pervertiert<sup>7</sup>. So sollten gedruckte Ortssippenbücher, damals Dorfsippenbücher genannt, z.B. die sogenannten "Arier- und Erbhofnachweise" erleichtern. Allerdings lagen bei Kriegsausbruch - trotz massiver Propaganda und Unterstützung der Sippenbuch-Herstellung von seiten der Nationalsozialisten - nicht mehr als 30 Dorfsippenbücher vor.

Nach Kriegsende waren die Sippenbücher zunächst diskreditiert und tabuisiert. Außerhalb der Genealogie gerieten sie in Vergessenheit. Erst 1955 beschloß die "Deutsche Arbeitsgemeinschaft genealogischer Verbände", heute "Zentralstelle für Personen- und Familiengeschichte in Frankfurt", die weitere Erstellung von Ortssippenbüchern zu fördern. In der Reihe "Deutsche Ortssippenbücher" sowie in Verbindung mit lokalhistorischen Bemühungen sind bis heute über 200 Ortssippen-, Familien- oder Heimatbücher

<sup>2</sup> J.E. Knodel, "Historische Demographie und Genealogie", in: Genealogie 21 (1972), 65-70; Ders., "Ortssippenbücher als Quelle für historische Demographie", in: Geschichte und Gesellschaft 1 (1975), 288-324.

<sup>3</sup> J.E. Knodel, "Infant mortality and fertility in three Bavarian villages..." (1968); Ders., "Two and a half centuries of demographic history in a Bavarian village..." (1970). Ebenfalls zu den ersten Arbeiten gehörten die von J. Houdaille, "Quelques résultats sur la démographie de trois villages d'Allemagne..." (1970); Ders., "La population de Remmesweiler..." (1970).

<sup>4</sup> W. Böser, "Ortssippenbücher, Erschließung einer genealogischen Sekundärquelle..." (1985), 2.

<sup>5</sup> W. Böser, ebda., Anm.5, nennt die Autoren A. Tille, "Genealogie als Wissenschaft", in: Mitteilungen der Zentralstelle für deutsche Personen- und Familiengeschichte 2 (1906), 32-40; S. Glonner, "Bevölkerungsbewegungen von 7 Pfarreien im Königlichen Bayerischen Bezirksamt Tölz seit Ende des XVI. Jahrhunderts", in: Allgemeines Statistisches Archiv 4 (1896), 263-279 und J. Gmelin, "Die Verwertung der Kirchenbücher", in: Deutsche Geschichtsblätter. Monatsschrift für Förderung der landesgeschichtlichen Forschung 1 (1900), 157-170.

<sup>6</sup> W. Scheidt, "Erbbiologische und bevölkerungsbiologische Aufgaben der Familienforschung", in: Archiv für Sippenforschung und alle verwandten Gebiete 5 (1928), 289-315.

<sup>7</sup> Vgl. A.E. Imhof, "Einführung..." (1977), 26-29 und J. Reulecke, "Bevölkerungswissenschaft und Nationalsozialismus", in: R. Geißler und W. Popp (Hrsg.), Wissenschaft und Nationalsozialismus. Eine Ringvorlesung an der Universität Siegen. Essen 1988, 15-36.

erschienen. In die Berliner Datenbank wurden Daten aus 48 Ortssippenbüchern und drei Dorfsippenbüchern aufgenommen<sup>8</sup>.

Das Zahlenmaterial für das Untersuchungsgebiet Schwalm wurde in die Berliner Datenbank integriert. Es wurde nicht aus Ortssippenbüchern gewonnen, sondern stammt aus einer Datenbank, die im Rahmen eines früheren Forschungsprojektes an der Freien Universität Berlin (1976/77) angelegt wurde. Der Leiter des Projektes, A.E. Imhof, hat die Herkunft des Materials mehrfach ausführlich beschrieben<sup>9</sup> und es selbst wiederholt für Forschungsarbeiten genutzt<sup>10</sup>. Im Gegensatz zur Familienrekonstitution auf Familienblättern<sup>11</sup>, über Jahrzehnte Grundlage der Ortssippenbuch-Erstellung, handelt es sich bei dem Schwälmer Material um eine von W. Scheidt<sup>12</sup> u.a. durchgeführte Familienrekonstitution auf Stammtafeln. Bei dieser wurden die vitalstatistischen Angaben an drei verschiedenen Stellen (Tauf-, Heirats- und Beerdigungskarte) verzeichnet und zu Stammtafeln zusammengestellt. Diese wiederum dienten als Vorlage für die Übertragung in maschinenlesbare Form (Datenbankprojekt 1976/77) und für die Übernahme von bereits digitalisierten Schwalm-Daten in die Berliner Datenbank (Projekt 1986-90).

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß das Material der Berliner Datenbank bereits seit 1990 im Zentrum für Empirische Sozialforschung an der Universität Köln hinterlegt ist. Bei Interesse ist es dort in Einzelteilen oder komplett abrufbar.

### 2.3. Medizinische Topographien und historische Ortsbeschreibungen (qualitative Daten)

Bei der Quellengattung der Medizinischen Topographien handelt es sich um medizinische oder hygienische Ortsbeschreibungen. Die ersten Medizinischen Topographien sind der Aufklärungszeit zuzurechnen und verdanken ihr Entstehen der Bemühung um eine "Medizinische Polizey"<sup>13</sup>. Die Medizinischen Topographien waren zumeist obrigkeitliche Auftragsarbeiten, die in der Regel von ausgebildeten Ärzten verfaßt wurden<sup>14</sup>. Die erste in deutscher Sprache abgefaßte Schrift stammt aus dem Jahre 1760, als der baden-durlachsche Landphysikus G.V. Jaegerschmid seinem Landesfürsten im Rahmen seiner Amtspflichten eine ausführliche Beschreibung der sozialmedizinischen Zustände im Amtsbezirk Rötteln und Sausenberg lieferte. Durch Erlaß vom 7.2.1767 wurden analoge Beschreibungen in weiteren Physikaten angefordert. Dieses Dekret hatte Initialwirkung und führte über die Landesgrenzen Baden-Durlachs hinaus zur reichen Entfaltung der Quellengattung Medizinische Topographien<sup>15</sup>. Dieselben wurden vom letzten Drittel des 18. Jahrhunderts

<sup>8</sup> Vgl. die Tab.1 bei R. Gehrman und M. Roycroft, "Quellen und Methoden..." (1990), 61 und die bibliographischen Angaben zu den ausgewerteten Ortssippenbüchern in Kap.7.1.1.

<sup>9</sup> Vgl. A.E. Imhof (Hrsg.), Historische Demographie als Sozialgeschichte... (1975), 43-45 und Ders., Einführung in die Historische Demographie (1977), 21-25. Eine konzise Beschreibung des Schwalm-Materials geben überdies R. Gehrman und M. Roycroft in "Quellen und Methoden..." (1990), 60.

<sup>10</sup> A.E. Imhof, Die gewonnenen Jahre (1981); Ders., Die verlorenen Welten (1984).

<sup>11</sup> A.E. Imhof, Einführung... (1977), 25f.

<sup>12</sup> W. Scheidt, "Volkstumkundliche Forschungen in deutschen Landgemeinden", in: Archiv für Rassen- und Gesellschafts-Biologie, einschließlich Rassen- und Gesellschafts-Hygiene 21 (1928).

<sup>13</sup> Vgl. Ch. Barthel, Medizinische Polizey... (1989).

<sup>14</sup> Zur Geschichte Medizinischer Topographien vgl. J. Brügelmann, Der Blick des Arztes auf die Krankheit im Alltag... (1982).

<sup>15</sup> Vgl. A.E. Imhof, "Einleitung", in: Ders. (Hrsg.), Biologie des Menschen in der Geschichte... (1978), 54-62, bes. 55. Am angegebenen Ort, Seite 55, Anm. 71, weist Imhof darauf hin, daß die topographische Schrift von G.V. Jaegerschmid im Generallandesarchiv Karlsruhe, Großherzogliches Familienarchiv, Handschriften Nr. 394 einzusehen ist.

bis zum Ende des 19. Jahrhunderts publiziert. Thematisch befassen sich die Medizinischen Topographien in unterschiedlichem Umfang und voneinander abweichender Genauigkeit mit einem umfassenden Katalog örtlicher Zustände, die auf die ortsansässige Bevölkerung einwirken können. Dies sind z.B. naturräumliche und klimatische Gegebenheiten, die Boden- und Wasserbeschaffenheit, aber auch Lebensgewohnheiten (Essen, Trinken, Wohnen, Kleiden). Eine größere Zahl Medizinischer Topographien geht auf die "physische Erziehung" der Kinder ein.

In der vorliegenden Arbeit werden zehn ausgewählte Medizinische Topographien<sup>16</sup> daraufhin untersucht, ob regionenspezifische Pflege-, Wohn- und Ernährungsverhältnisse in ihnen zum Ausdruck kommen<sup>17</sup>. Dies geschieht in der Erwartung, Hinweise auf unterschiedliche Stillpraktiken, Wohnbedingungen oder Erziehungskonzepte<sup>18</sup> zu erhalten, die Einfluß auf die Säuglingssterblichkeit genommen haben könnten. Dies geschieht aber auch in Kenntnis der Tatsache, daß Medizinische Topographien einen zeitlich und räumlich begrenzten Aussagebereich haben. Sie beziehen sich auf Städte, größere oder kleinere naturräumliche oder politische Einheiten, die allerdings nur in einem Fall (Regierungsbezirk Minden: Untersuchungsgebiet Hartum) so deckungsgleich sind mit den sechs auf der Grundlage der Berliner Datenbank untersuchten Gebieten, wie dies wünschenswert wäre.

Der Hauptvorteil der Medizinischen Topographien liegt darin, daß in ihnen Zeitgenossen zu Wort kommen. Die Autoren waren in bezug auf medizinische Fragen wissenschaftlich ausgebildet, in bezug auf wirtschaftliche, pädagogische, kulturelle und soziale Fragen jedoch gebildete Laien. Sie verfaßten die Medizinischen Topographien nicht nur aus Pflichtgefühl, sondern auch aus wissenschaftlichem Interesse und mit dem Wunsch, einerseits an fachspezifischen, politischen und sozialen Diskursen ihrer Zeit teilzunehmen und andererseits mit der Absicht, einen Beitrag zur gesundheitspolitischen und persönlichkeitsbildenden Erziehung der lokalen Bevölkerung zu liefern<sup>19</sup>. Ihr Publikum fanden die Medizinischen Topographien unter Fachkollegen oder anderem medizinischen Personal, Pfarrern, Lehrern, Militärangehörigen oder interessierten Laien.

Der Hauptnachteil der Medizinischen Topographien besteht darin, daß sie aus unterschiedlichen Gründen und in verschiedenem Kontext entstanden. Letzteres gilt sowohl für die relativ lange Zeitspanne, für die Medizinische Topographien vorliegen, als auch für die regionale Streuung. So befinden sich unter den zehn hier untersuchten Topographien vier württembergische (Stadt Stuttgart: Cleß/Schübler 1815 sowie Pliebingen 1834; Stadt Sulz: Wunderlich 1809; Geburtshülfliche Topographie: Ricke 1827), eine badische (Amtsbezirk Kork: Schaible 1855), eine elsässische (Stadt Straßburg: Graffenauer 1816), zwei hessische (Fürstentum Waldeck: Roerig 1857; Rhön: Lübber 1881) und zwei für den westfälischen Raum (Grafschaft Ravensberg: Consbruch 1793; Regierungsbezirk Minden: Schultz-Hencke 1875). Die Auswahl der Topographien erfolgte nach dem Kriterium der größtmöglichen geographischen Nähe zu den Untersuchungsgebieten Herrenberg, Ortenau, Schwalm und Hartum. Wenn dies - wie im Falle Hartums - gelang, blieben z.T. beträchtliche Zeitdifferenzen. So beziehen sich die Informationen in den westfälischen Topographien im einen Fall auf die Grafschaft Ravensberg in den Jahren 1788 bis 1791<sup>20</sup> und im anderen Fall auf den preußischen Regierungsbezirk Minden im Jahr 1875<sup>21</sup>. In gut

<sup>16</sup> Eine Auflistung findet sich in Kap.7.1.2.

<sup>17</sup> Auf der Basis einer größeren Zahl von Quellen folgt diesem Konzept auch M. Bergmeier, Wirtschaftsleben und Mentalität. Modernisierung im Spiegel der bayerischen Physikatsberichte 1858-1862 (Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben, Pfalz, Oberpfalz). München 1990.

<sup>18</sup> Der Erforschung von Sozialisationsnormen in einer verwandten Quellengattung, den ärztlichen Ratgebern, hat R. Spree einen Aufsatz gewidmet: "Sozialisationsnormen in ärztlichen Ratgebern zur Säuglings- und Kleinkindpflege..." (1986), 609-659.

<sup>19</sup> A.E. Imhof, "Einleitung", in: Ders. (Hrsg.), Biologie des Menschen... (1978), 58.

<sup>20</sup> W. Consbruch, Medicinische Ephemeriden... (1793).

<sup>21</sup> Schultz-Hencke, Der Regierungs-Bezirk Minden... (1877).

ein- hundert Jahren war nicht nur die politische Lage eine andere geworden, auch der ärztliche Blick und die medizinische Terminologie hatten sich verändert und die erzieherischen Konzepte zur physischen und psychischen Entwicklung waren ebenfalls unterschiedlich. Daß die Medizinischen Topographien trotz dieser Einschränkungen Berücksichtigung finden, liegt vor allem daran, daß die genannten Veränderungen wenig Einfluß auf die Beschreibungen der Wohn-, Arbeits- und Ernährungsverhältnisse hatten. Bei diesen liegt das Problem ebenso wie bei der Wiedergabe von Pflege- und Erziehungsverhalten eher in der Normierung. So muß im Einzelfall entschieden werden, ob es sich bei einer geschilderten Ernährungsweise, Wohnform oder Pflegeart tatsächlich um ortsspezifische Lebensverhältnisse oder typische Vorstellungen einer bestimmten Sozialgruppe von denselben handelt. Werden regionenspezifische Lebensgewohnheiten erkennbar, so bleibt noch immer die Frage, ob dieselben auch für die sechs in dieser Arbeit untersuchten Gebiete Erkenntniswert besitzen. Letzteres muß im Rahmen der Detailanalyse entschieden werden.

Inwieweit sozio-ökonomische Faktoren Einfluß auf die Säuglingssterblichkeit genommen haben, kann nur in der Verbindung von Daten der Berliner Datenbank mit landeskundlichen Informationen überprüft werden. Bei den Informationen, die benötigt werden, handelt es sich z.B. um naturräumliche Einzelheiten, Höhen- und Klimlagen, Siedlungsformen, Vererbungsschemata, Feudalbeziehungen, Einwohnerzahlen, Gemarkungsgrößen, Landnutzungen und -verteilungen, Bodenschätze, Marktzugänge usw. Solche Informationen finden sich in zeitgenössischen und heutigen Publikationen zu begrenzten Natur- und Wirtschaftsräumen, zu Kulturlandschaften, zu politischen Herrschaftsgebieten und zu größeren und kleineren Verwaltungseinheiten wie dies z.B. Staaten, Länder, Regierungsbezirke, Ämter, Kirchspiele und einzelne Gemeinden sind. Die Quellen, denen die Informationen zu entnehmen sind, heißen je nach dem Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung "Geographisch-Statistische Beschreibung", "Topographisch-Statistisches" Handbuch, "Erdbeschreibung", Amtsbeschreibung, Orts- und Heimatchronik, Gemeindelexikon oder -moderner-Regionalgeschichte, Verwaltungsgeschichte, Agrargeschichte, und so fort. Auswahlkriterium für die Landeskunden war die Verfügbarkeit außerhalb von Archiven<sup>22</sup>.

---

<sup>22</sup> Nichtpubliziertes Material konnte aus Gründen der Arbeitsökonomie nur in Ausnahmefällen berücksichtigt werden. Eine besonders umfangreiche - nach Untersuchungsgebieten - geordnete Zusammenstellung von historischen Landesbeschreibungen findet sich in A.E. Imhof et al., Lebenserwartungen in Deutschland... (1990), 467-484.

## 2.4. Die Vergleichsregionen

Alle sechs Untersuchungsgebiete, aus denen die Quellen und damit Mortalitätsdaten für die vorliegende Arbeit stammen, liegen heute in der Bundesrepublik Deutschland. Sie verteilen sich über fünf verschiedene Altbundesländer. Da die Datenauswahl für die Berliner Datenbank bereits längere Zeit vor den politischen Ereignissen der Jahre 1989/90 abgeschlossen war, enthält die Datenbank keine Einträge aus Ortssippenbüchern für Gemeinden in den neuen Bundesländern<sup>1</sup>.

Abgesehen davon, daß sich die Untersuchungsgebiete auf den Westen der heutigen Bundesrepublik konzentrieren, handelt es sich nicht nur in geographischer Hinsicht um ganz unterschiedliche Regionen im Norden, in der Mitte und im Süden Deutschlands. Das Untersuchungsgebiet Ostfriesland ist Teil von Niedersachsen, Hartum liegt in Nordrhein-Westfalen, die Schwalm in Hessen. Die einzelnen Teile des Untersuchungsgebietes Saarland gehören im wesentlichen zu den Landkreisen Neunkirchen und St. Wendel sowie zum Stadtverband Saarbrücken. Die Ortenau und das Untersuchungsgebiet Herrenberg befinden sich in Baden-Württemberg.

Mit einer Gesamtfläche von 32 268 ha ist das Saarland das größte Untersuchungsgebiet. Es folgen Ostfriesland (22 088 ha), Ortenau (17 006 ha), Schwalm (5 818 ha), Herrenberg (5 339 ha) und Hartum (3 984 ha). Die höchsten Einwohnerzahlen verzeichneten Mitte des 19. Jahrhunderts nacheinander die Ortenau (17 333 Personen), Saarland (14 196 Personen) und Ostfriesland (10 739 Personen). Um 1850 lebten in den sechs Dörfern bei Herrenberg 5 240, in den vier Hartumer Dörfern 4 683 und in der Schwalm 4 220 Menschen. Das am dichtesten besiedelte Untersuchungsgebiet war demnach Hartum mit 118 Einwohnern/qkm. Das Saarland war mit 44 Einwohnern/qkm am geringsten bevölkert. Dazwischen bewegen sich die Zahlen für die Ortenau (102 Einwohner/qkm), Schwalm (73 Einwohner/qkm) und Ostfriesland (49 Einwohner/qkm)<sup>2</sup>.

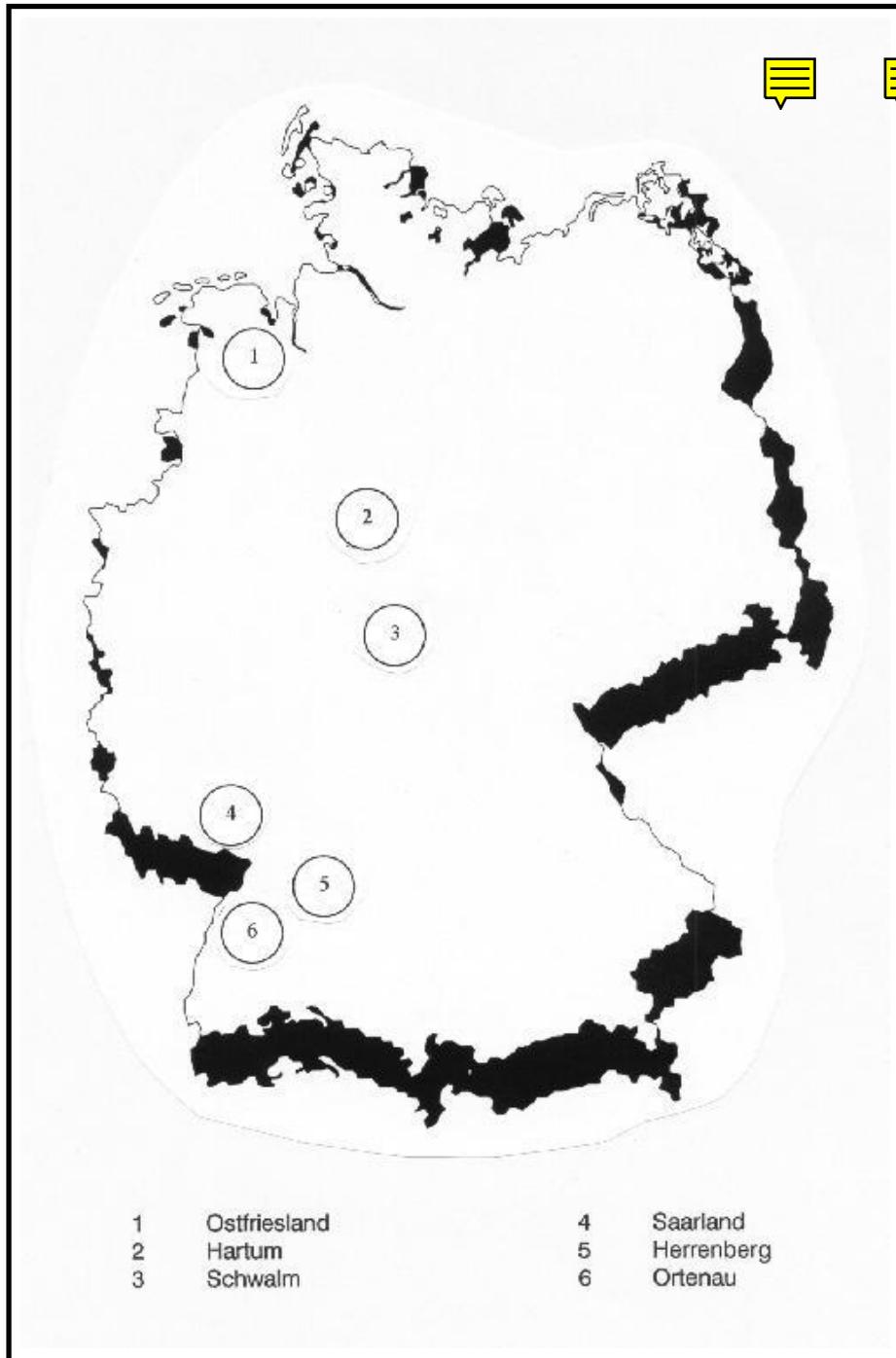
Da eine genaue Kenntnis von Lage, Größe und Geschichte der Untersuchungsgebiete die Voraussetzung für jede Interpretation des Berliner Datenbankmaterials ist, wurden die Auswahlgebiete bereits im Dokumentationsband zum DFG-Projekt beschrieben<sup>3</sup>. Diese Aufgabe hatte die Verfasserin der hier vorliegenden Arbeit übernommen. Auf ca. 100 Seiten lieferte sie eine detaillierte, mit Karten und Literaturangaben versehene Deskription der sechs Untersuchungsgebiete, und zwar nach folgendem Schema: 1. Landschaftsraum und Bevölkerungsdichte; 2. Herrschaft, Staat und Verwaltung; 3. Kirche und Schule; 4. Wirtschaft und Verkehr; 5. Zeittafel (demographisch relevante Ereignisse wie Mißernten, Epidemien, Truppendurchzüge); 6. Orte des Untersuchungsgebietes. Diese Arbeit wurde

<sup>1</sup> Den Bestand von Ortssippenbüchern für die neuen Bundesländer weist die "Deutsche Zentralstelle für Genealogie in Leipzig" nach.

<sup>2</sup> Angaben zu den Gemarkungsgrößen finden sich in unterschiedlichen Heften der Reihe: Gemeindeflexikon für das Königreich Preußen...: Provinz Hannover 1908 (Ostfriesland); Provinz Westfalen 1909 (Hartum); Provinz Hessen-Nassau 1909 (Schwalm); Rheinprovinz 1909 (Saarland). Für Herrenberg: Beschreibung des Oberamts Herrenberg... (1855) und für die Ortenau: Badische Gemeindestatistik... (1927). Angaben zu den Einwohnerzahlen um 1850 finden sich je nach Gebiet in folgenden Quellen: Ostfriesland: H. Ringklib, Statistische Übersicht... (1853); Hartum: Kraatz, Topographisch-statistisches Handbuch... (1856); Schwalm: Kurfürstlich Hessisches Hof- und Staatshandbuch 1854, zitiert im Historischen Gemeindeverzeichnis... (1968); Saarland: G. Bärsch, Beschreibung des Regierungs-Bezirks Trier... (1846) und A.E.J. Barnstedt, Versuch einer kurzen statistisch-topographischen Beschreibung... (1832); Herrenberg: Beschreibung des Oberamts Herrenberg... (1855); Ortenau: Beiträge zur Statistik... (1855).

<sup>3</sup> I.E. Kloke, "Untersuchungsgebiete - Ortsbeschreibungen", in: A.E. Imhof et al., Lebenserwartungen in Deutschland... (1990), 85-187.

## Die Untersuchungsgebiete im Überblick



publiziert und soll hier nicht wiederholt werden, andererseits kann auf sie bei der Interpretation der Daten auch nicht verzichtet werden. Das gilt insbesondere für die Analyse der Säuglingssterblichkeit in Abhängigkeit von der Wirtschafts- und Sozialstruktur. Im folgenden wird deshalb einerseits die Kenntnisnahme der publizierten Ortsbeschreibungen empfohlen und andererseits eine Reihe von sechs Kurzportraits präsentiert, in denen die Untersuchungsgebiete nochmals knapp charakterisiert werden. Nur der obengenannte Unterpunkt 4 der publizierten Regionenbeschreibungen (Wirtschaft und Verkehr) wird wegen seiner erwähnten Bedeutung ungekürzt übernommen. Die zitierten Textteile sind jeweils einzeln gekennzeichnet. Als Zitate sind auch die Übersichtskarten zu den sechs Untersuchungsgebieten anzusehen, da sie bereits für den Projektband erstellt wurden. Die Karten wurden den sechs Kurzportraits vorangestellt.

#### **2.4.1. Das Untersuchungsgebiet Ostfriesland<sup>4</sup>**

Das Untersuchungsgebiet umfaßt elf Kirchspiele: Amdorf, Neuburg, Aurich-Oldendorf, Backemoor, Breinermoor, Hesel, Holtrop, Loga, Logabirum, Nortmoor und Timmel<sup>5</sup>.

Während der Berichtszeit waren die Bewohner in zehn Kirchspielen mehrheitlich evangelisch-lutherischer Konfession. Lediglich Loga hatte eine überwiegend reformierte Bevölkerung. In erbrechtlicher Hinsicht herrschte die Grundform der geschlossenen Vererbung vor. Allerdings gab es auch eine abgewandelte Form der Realteilung, bei der weichende Erben an den Landwirt unter den Erben verpachten oder verkaufen.

Von den elf Kirchspielen befinden sich vier Pfarrorte (Aurich-Oldendorf, Hesel, Holtrop, Timmel) auf dem zentralen ostfriesischen Geestrücken. Sieben weitere zusammenhängende Kirchspiele (Amdorf, Backemoor, Breinermoor, Loga, Logabirum, Neuburg, Nortmoor) schließen sich in südlicher Richtung fast unmittelbar an. Sie befinden sich ausnahmslos entweder direkt in oder am Rande des grasreichen Niederungsgebietes von Leda und Jümme auf beiden Seiten der Wasserläufe.

Im Untersuchungsgebiet sind die wichtigsten natürlichen und auch verschiedene künstlich umgewandelte Bodenbedeckungen des Landes vertreten. So lag zwar die Mehrzahl der Ansiedlungen, die den im Untersuchungszeitraum bestehenden Gemeinden den Namen gaben, auf Geestgebiet. Deren Gemarkungen umfassen jedoch, besonders im nördlichen Teilgebiet, weite Moorflächen und im südlichen Teilgebiet ausgedehnte (Fluß-) Marschböden. Lediglich Neuburg und Amdorf sind reine Flußmarschsiedlungen.

Nach den jeweils vorherrschenden Bodenarten läßt sich für den Berichtszeitraum folgende Klassifizierung vornehmen<sup>6</sup>:

<sup>4</sup> Ebda., 93-113 findet sich eine detaillierte Beschreibung des Untersuchungsgebietes Ostfriesland.

<sup>5</sup> Neben den namengebenden Kirchspielgemeinden war bis zum Ende des 19. Jahrhunderts eine größere Zahl weiterer Ansiedlungen eingepfarrt. Diese sind ebda., 107-113 für jede Gemeinde gesondert aufgeführt.

<sup>6</sup> Grundlage: Die erste Bodenklassifizierung im Jahre 1645 in der Grafschaft Ostfriesland. In: H. Wiemann, "Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte..." (1969), 469.

## Das Untersuchungsgebiet Ostfriesland



Abb.2.4.1.a. Quelle: Imhof et al. 1990, 87

Geestgemeinden:	Hesel, Holtrop, Nortmoor <sup>7</sup>
Moorgemeinden:	Aurich-Oldendorf, Timmel
Marschgemeinden:	Amdorf, Neuburg
Mischgemeinden:	Backemoor, Breinermoor, Loga, Logabirum

Unter der Bezeichnung "Mischgemeinde" sind alle Gemeinden subsumiert, deren Böden vorwiegend im Übergangsbereich von Moor, Marsch und Geest liegen und deren gemeinsames Kennzeichen eine in weiten Gebietsteilen relativ feuchte Lage ist.

Durch die politische Landesgeschichte Ostfrieslands zieht sich bis zur Übernahme des Fürstentums (seit 1662) durch Preußen (1744) wie ein roter Faden der Gegensatz zwischen dem Landesherrn in Aurich und den Ständen, deren politisches Zentrum Emden war. Oft genug bis an den Rand des Bürgerkriegs gingen die Auseinandersetzungen, deren Ursachen - nach Kappelhoff<sup>8</sup> - in der tiefgreifenden Spaltung zwischen "Marsch und Geest, reformiert und lutherisch, selbstbewußt und autoritätsgläubig, sozial weitgehender bzw. geringer sozialer Differenzierung, renitent und gehorsam, reich und arm" zu suchen sind. Während des Dreißigjährigen Krieges hatte das ganze Land zwar unter jahrelangen Einquartierungen zu leiden, erlebte jedoch zugleich eine Phase relativer innenpolitischer Ruhe. Während des Siebenjährigen Krieges waren die Ostfriesen vom Militärdienst befreit. Dies änderte sich erst unter französischer Herrschaft (1810-1813), der eine ebenso lange holländische Regierungszeit (1807-1810) vorausgegangen war. Nach dem Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft kam Ostfriesland vorübergehend erneut zu Preußen (1813-1815), blieb dann jedoch von 1815 bis zum Ende des Berichtszeitraumes dem Königreich Hannover zugehörig (bis 1866), welches seit 1714 und demnach während der gesamten Periode seiner Regierungszuständigkeit für Ostfriesland in Personalunion mit England verbunden war.

### Wirtschaft und Verkehr<sup>9</sup>

Die Bodenqualitäten in Marsch, Moor und Geest sind sehr unterschiedlich<sup>10</sup>. Im Gegensatz zur Geest, die in der Regel wenig ertragreiche Sandböden aufweist, ist das Land in der Marsch von überdurchschnittlicher Fruchtbarkeit. Allerdings ist es geboten, zwischen Seemarschen und Fluß- und Übergangs(brack)marschen zu unterscheiden. Wie eingangs erwähnt, handelt es sich bei den südlicher gelegenen Dörfern des Untersuchungsgebiets um Übergangsbrackmarschen. Allgemein sind die Böden hier aufgrund ihrer hohen Grundwasserstände feucht bis naß, schlecht durchlüftet, wenig trittfest und schwer zu bearbeiten. Sie wurden und werden vorwiegend als Grünland genutzt<sup>11</sup>. Trotz dieser durchaus nicht als ideal zu bezeichnenden Verhältnisse galten im 18. und 19. Jahrhundert die Böden in Flußnähe als günstig<sup>12</sup>. Sie ermöglichten eine oft gewinnbringende Viehhaltung und überall dort, wo eine enge Verbindung mit Sand- oder Heideflächen auftrat, auch Roggen-, Buchweizen- und/oder Flachsanbau. Große Flächen Ostfrieslands werden von Podsolen (Sand- und/oder Heideböden) eingenommen. Der landwirtschaftliche Nutzwert dieser Böden hängt

<sup>7</sup> Die Gemeinde Nortmoor wurde in I.E. Kloke, "Untersuchungsgebiete..." (1990), 93 als "Mischgemeinde" charakterisiert, nach nochmaliger Prüfung der Sachlage wurde ihr Status hier in Geestgemeinde verändert.

<sup>8</sup> B. Kappelhoff, Absolutistisches Regiment ... (1982), 15, 33-34.

<sup>9</sup> Der folgende Text entspricht dem Unterkapitel 2.4. in I.E. Kloke, "Untersuchungsgebiete..." (1990), 101-105.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu die detaillierte Beschreibung der Böden bei D. Wildvang, Die Geologie Ostfrieslands (1938), bes. 72-107, die Karten zur Bodenklassifikation bei H. Voigt und G. Roeschmann, "Die Böden Ostfriesland" (1969), 98 und bei H. Wiemann, "Beiträge..." (1969), 469 sowie H. Voigt und G. Roeschmann, "Die Böden Ostfrieslands" (1969), für das Untersuchungsgebiet bes. 70-71, 74-75, 86-93.

<sup>11</sup> H. Voigt und G. Roeschmann, "Die Böden Ostfrieslands" (1969), 73.

<sup>12</sup> O.G. Houtrouw, Ostfriesland... (Bd.1/1889, 166).

sehr stark von der Anwendung geeigneter Kulturmaßnahmen ab. So hatte der Geestbauer seinen Acker ursprünglich fast ausschließlich auf der sogenannten Gaste, das sind baumfreie Akkerflächen, deren Bodenqualität durch intensive Bodenpflege und durch intensive Düngung über Generationen hinweg erheblich gesteigert werden konnte. Da wegen des geringen Viehbestandes Dung nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stand, vermischte man ihn mit Torf, gemähtem Heidekraut und Plaggenboden. Die Jauche wurde - nach von Reden<sup>13</sup> - in Ostfriesland zumeist nicht verwendet. Durch die verbreitete Einfeldwirtschaft wurde die Humusschicht auf der Gaste auf diese Weise Jahr für Jahr mächtiger. Außerdem machten Sandboden und Höhenlage eine besondere Entwässerung so gut wie überflüssig. Hauptprodukt auf Sandboden war der Roggen. Daneben wurde häufig Sommergerste oder Sommerweizen sowie Krollhafer und, im Verlauf des 19. Jahrhunderts zunehmend, die Kartoffel angebaut<sup>14</sup>. Die Rinderzucht war hier im Gegensatz zur Marsch weniger auf die Butter- und Käseproduktion gerichtet als auf den Verkauf der Tiere selbst. So wurde, in der Holtroper Vogtei etwa, die Ochsenzucht besonders intensiv betrieben<sup>15</sup>. Um die Ackerflur gegen das Vieh zu schützen, war die Gaste ganz oder teilweise eingefriedet, zumeist durch Erdwälle. Noch vor der Berichtszeit, zu Beginn der frühen Neuzeit, wurden außerhalb der Altfluren sowohl im Gebiet der Gasten als auch außerhalb auf ärmeren Sandböden und in der Nähe von anmoorigen Niederungen neue Ackerflächen erschlossen. Diese, Kämpe genannt, wurden entweder durch Wälle oder in den Niederungen durch Gräben begrenzt und von Warfsleuten häufig als Pachtländereien mit sehr großem Arbeitsaufwand bewirtschaftet. Die Warfsleute hatten gegenüber den vollen und halben Herden nicht nur geringere Ländereien, sondern auch mindere Rechte<sup>16</sup>. Da die Kämpe sich meistens bis zu den Niederungen ausdehnten, war die Entwässerung hier schon erheblich schwieriger als auf der Altflur<sup>17</sup>.

Als im 18. Jahrhundert die preußische Regierung im Zuge ihrer Peuplierungspolitik (Urbarisierungsdikt Friedrichs des Großen, 1765) nach weiteren Siedlungsmöglichkeiten suchte und die Aufteilung und nachfolgende Verkoppelung der Gemeinheiten in Angriff nahm, wurden noch weitere, bisher als Weiden und für die Plaggengewinnung genutzte Teile der Geest in bewirtschaftete (Acker-) Fluren umgewandelt. Zusätzliche "Reservegebiete"<sup>18</sup> waren die ausgedehnten Moorgebiete im Landesinnern. Auch ihre Kultivierung wurde, vor allem seit der preußischen Zeit, durch die Gründung von Kolonien forciert.

Zuvor hatte es bereits mit der Anlage von Fehnen, einer von den Niederländern übernommenen und in Ostfriesland bereits im 17. Jahrhundert durch eine ganze Reihe von Gründungen vertretenen Form der Moorerschließung, eine aus heutiger Sicht sehr fortschrittliche Form der Moorerschließung gegeben. Charakteristisch für die Fehnsiedlungen waren die kilometerlangen künstlichen Wasserstraßen, die die oft entlegenen Siedlungen mit natürlichen Wasserläufen, Nachbargemeinden und Markt- bzw. Handelsplätzen verbanden. Durch Fehne wurde der Torf zunächst nicht abgebaut, um Siedlungsgebiete zu erschließen, sondern um Brennstoff zu gewinnen, der insbesondere in die Marschgebiete an der Küste und in die Städte verkauft wurde. Oberschelp<sup>19</sup> gibt den jährlichen Torfbedarf im Jahre 1792 in Ostfriesland mit 3600 t an. Davon wurden 2500 t im Land gewonnen, den Rest führte man ein. Die im Unterschied zu den Fehnen des vor allem 17. und 18. Jahrhunderts in der Literatur als "Kolonien" bezeichneten Moorsiedlungen entstanden in Ostfriesland in großer Zahl erst gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Die wirtschaftliche Lage der Kolonisten war wegen der zu klein bemessenen Ländereien und fehlender Nebener-

<sup>13</sup> F. von Reden, Das Königreich Hannover... (Bd.1/1839), 115.

<sup>14</sup> Ebda., 114-122.

<sup>15</sup> F. Arends, Erdbeschreibung 1824, 21, 95.

<sup>16</sup> W. Reinhardt, "Die Orts- und Flurnamen..." (1969), 296-309.

<sup>17</sup> P. Elster, "Landwirtschaft und Wasserwirtschaft..." (1962), 180.

<sup>18</sup> W. Reinhardt, "Die Orts- und Flurnamen..." (1969), 350.

<sup>19</sup> R. Oberschelp, Niedersachsen... (Bd.2/1982), 162.

werbsmöglichkeiten häufig sehr viel schlechter als die der Fehntjer, die neben der Torfgräberei von der Frachtschiffahrt leben konnten. In den Kolonien weit verbreitet war das Moorbrennen<sup>20</sup>.

Wirtschaftlich am besten gestellt waren die Marschbauern. Allerdings waren sie trotz der vorhandenen Deichbaumaßnahmen durch Überflutungen häufig in ihrer Existenz gefährdet. Dieser Nachteil wurde jedoch dadurch ausgeglichen, daß die Viehwirtschaft gegenüber dem stärker absatzorientierten Getreideanbau einen gewissen Planungsspielraum für die Produktion zuließ. Mittels Intensivierung und Flexibilität konnte der Marschbauer Einbußen durch Preisverfall, Flutschäden oder Viehseuchen begegnen<sup>21</sup>. Von wesentlicher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Ostfrieslands war die Überwindung der in der Marsch noch vielfach im 16. Jahrhundert anzutreffenden Streulage der Besitzungen<sup>22</sup>. Das Anerbenrecht, das sich durch entsprechende landesherrliche Verordnungen seit der Mitte des 16. Jahrhunderts im gesamten nordwestdeutschen Raum durchgesetzt hatte, bildete ohne Zweifel eine Grundvoraussetzung für die Stabilität der bäuerlichen Wirtschaften<sup>23</sup>. Es bot aber nicht die Möglichkeit zur Expansion der Betriebe. Nach Blenck<sup>24</sup> gehörten die Kreise Aurich und Leer im preußischen Regierungsbezirk Aurich zu den Landkreisen, in denen der großbäuerliche Betrieb (20 bis unter 100 ha) den Hauptanteil der Anbaufläche sämtlicher Hauptbetriebe einnahm. Diese ermöglichte erst das ostfriesische Pachtrecht, wie es sich bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts herausgebildet hatte.

In Ostfriesland war die Pacht schon seit dem späten Mittelalter verbreitet, und es gab nur wenige Bauern, die ausschließlich über Eigenland verfügten. Entscheidend für die soziale Einstufung des Pächters war jedoch, ob er das Land in Erb- oder in Zeitpacht bewirtschaftete. Ursprünglich war in Ostfriesland die Zeitpacht üblich. Im Verlauf des 16. Jahrhunderts setzte sich allerdings eine für Ostfriesland typische Form der Erbpacht, die "Beherdichheit", durch<sup>25</sup>. Auch in anderer Hinsicht war das 16. Jahrhundert für Ostfriesland eine Zeit des Wandels. Aufgrund des spanisch-niederländischen Gegensatzes nahm die ostfriesische Wirtschaft und hier besonders der Handel über die an Bedeutung gewinnende Hafenstadt Emden einen großen Aufschwung. Die Bevölkerung nahm zu, und der Wohlstand in Stadt und Land wuchs beträchtlich. Niederländische Emigranten förderten die ostfriesische Leinenweberei, deren Hauptplatz Leer war<sup>26</sup>. Noch 1824, als die Bedeutung der Leinenweberei im Vergleich zum 17. und 18. Jahrhundert bereits deutlich zurückgegangen war, gab es im Gerichtsbezirk der nahe gelegenen Herrlichkeit Loga gemäß einer Aufstellung an die Königliche Landdrostei Aurich 6 Leinenwebereien, 1 Wolldeckenweberei, 1 Drell- und Damastfabrik und 1 Tuchfabrik<sup>27</sup>. Die angegebenen Zahlen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Not der Weber zu dieser Zeit bereits oft sehr groß war. Durch Exportverbote, Absatzschwierigkeiten und eine immer stärker werdende Konkurrenz

<sup>20</sup> Die Kenntnis vom Moorbrennen ist ebenso wie das Wissen um die Anlage von Fehnen im 18. Jahrhundert aus Holland nach Ostfriesland gelangt. *"Die Siedler rissen die obere Moorschicht auf, ließen sie trocknen, brannten sie ab und in die Asche säten sie Buchweizen, der zunächst recht beachtliche Erträge brachte"* (P. Elster, "Landwirtschaft..." [1962], 177). Der Buchweizen bildete noch um 1880 die Grundlage der Wirtschaft in den Kolonien. Mit dem Ende des Moorbrennens hörte auch sein Anbau praktisch auf (H. Thomas, Ostfriesische Geschichte [Teil 4/1951], 33-39).

<sup>21</sup> J. Engelbrecht, Die reformierte Landgemeinde... (1982), 38-39.

<sup>22</sup> Ebda., 42.

<sup>23</sup> H. Röhm, "Geschlossene Vererbung..." (1962), 294 rechnet Ostfriesland zum "Norddeutschen Anerbengebiet", vermerkt aber ebenso wie E. Otremba (Hrsg.), Atlas... (1962), Teil I, Bl.5 das Vorhandensein von Mischformen, als deren Grundform sich im Fall der großen Fehne (Ostgroßfehne, Neufehne) sogar die Freiteilbarkeit durchgesetzt hat.

<sup>24</sup> E. Blenck, Festschrift... (1905), 55.

<sup>25</sup> J. Engelbrecht, Die reformierte Landgemeinde... (1982), 44.

<sup>26</sup> Vgl. hierzu den sehr ausführlichen Beitrag von E. Esselborn, "Die Leinenweberei..." (1937), 89-119, (1938), 95-115 und (1939), 106-134.

<sup>27</sup> E. Schulte, "Das Dorf Loga" (1975), XV.

in der unmittelbaren Nachbarschaft (Oldenburg) war der Niedergang ihres Gewerbes bereits seit den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts nicht mehr aufzuhalten.

Die Landwirtschaft erlebte bis zur Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert eine Periode lebhafter wirtschaftlicher Konjunktur, deren Niedergang jedoch bereits deutlich vor Beginn des Dreißigjährigen Krieges einsetzte. Auch Handel und Schifffahrt stagnierten im Verlauf des 17. Jahrhunderts oder gingen sogar zurück. Besonders der Warenaustausch mit dem Ausland verlor an Bedeutung. Für die Eigenversorgung wurden im Verlauf des 17. Jahrhunderts viele Weideflächen in Ackerland umgewandelt<sup>28</sup>. Konjunkturelle "Höhepunkte" im 18. Jahrhundert waren nach Aden<sup>29</sup>, der dieser Einschätzung die Pachtabgabentwicklung einer Getreidemühle im Amt Wittmund zugrunde legt, die Zeit vor und nach der Jahrhundertwende sowie die Jahre 1721-1727 und 1747-1753. Letztere sind schon als Vorboten einer generellen Aufschwungperiode in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu werten, während derer infolge steigender Preise und stagnierender Löhne die Gewinne in der Agrarproduktion wuchsen<sup>30</sup>.

Nach der Napoleonischen Ära litt die wirtschaftliche Entwicklung bis zum Ende des Berichtszeitraums erneut unter einer Stockungsperiode; besonders während der Absatzkrise der 1820er Jahre sank die Rentabilität im Agrarsektor<sup>31</sup>. Eine Ursache dafür war die Tatsache, daß Ostfriesland zur Zeit der Regierung des bis 1837 politisch mit England verbundenen Königreichs Hannover nun nicht nur geographisch eher am Rande des herrschaftlichen Interessengebiets lag. So blieb das Land aufgrund des preußisch-hannoverschen Gegensatzes zum Nachteil seiner wirtschaftlichen Lage bis 1851 vom Deutschen Zollverein ausgeschlossen<sup>32</sup>.

Die Nebenerwerbsmöglichkeiten waren in den Dörfern des Untersuchungsgebietes während der ganzen Berichtszeit im allgemeinen gering. Neben den verschiedensten Tätigkeiten im Taglohn (Feldarbeit, Bautätigkeiten, Dienstleistungen) wurde, besonders von Frauen und Kindern, in Heimarbeit gesponnen<sup>33</sup>. Von der Bestellung der Äcker bis zur Bereitstellung des spinnfähigen Rohmaterials war der Flachsanzbau ein überaus arbeitsintensives Unternehmen. Für das Untersuchungsgebiet ist in diesem Zusammenhang besonders die Gegend um Holtrop und Aurich-Oldendorf hervorzuheben. Handwerker und gewerbliche Betriebe gab es in den kleinen ostfriesischen Gemeinden erst seit dem späten 18. Jahrhundert und auch dann nur sehr vereinzelt. Weber, Schneider, Schuster, Bäcker, Krämer und Gastwirte verfügten zumeist nur über eine sehr bescheidene Existenzgrundlage<sup>34</sup>. Kleine Bierbrauereien stellten ein leichtes obergäriges Bier her (Braunbier), das besonders im Sommer beim Mähen in den Meeden und bei den Erntearbeiten, im Winter als Warmbier viel getrunken wurde. Neben Norden und Weener war Hesel bekannt für seine Branntweimbrennereien, die ebenfalls überall im Lande verbreitet waren. Unter den industriellen Betrieben Ostfrieslands haben seit jeher die Ziegeleien die bedeutendste Rolle gespielt. Im Jahre 1843 zählte man in Ostfriesland rund 70 Ziegeleien<sup>35</sup>. Einen starken Auftrieb erhielt das Ziegeleigewerbe, als sich im 17. und 18. Jahrhundert die Fehne entwickelten. Die Fehntjer brachten mit ihren Schiffen den Brenntorf herbei und fuhren mit Steinen und Dachziegeln zurück. Die Arbeiter in den Ziegeleien waren zumeist keine Einheimischen, sondern Ak-

<sup>28</sup> F. Swart, Zur friesischen Agrargeschichte (1910); B. Hagedorn, Handel und Schifffahrt... (1912); H. Schmidt, "Politische Geschichte Ostfrieslands" (1975).

<sup>29</sup> O. Aden, Entwicklung und Wechsellagen... (1964), 26, 39.

<sup>30</sup> Zur preußischen Wirtschaftspolitik in Ostfriesland zwischen 1744 und 1806 vgl. u.a. J.-H. Sonntag, Die preußische Wirtschaftspolitik... (1987), bes. 20-40.

<sup>31</sup> O. Aden, Entwicklung und Wechsellagen... (1964), 83-114.

<sup>32</sup> H. Borkenhagen, Ostfriesland... (1924), 88-97.

<sup>33</sup> A. Alberts und W. Korte, "Beiträge zur Geschichte..." (Dez. 1980, 2).

<sup>34</sup> W. Korte, Beiträge... (o.J.), 29.

<sup>35</sup> Ebda., 45.

kordarbeiter aus Lippe, die vom Frühjahr bis zum Herbst in Ostfriesland arbeiteten und im Winter in ihre Heimat zurückkehrten<sup>36</sup>.

Besonders über die Nord- und Ostsee nach England, Frankreich, die Skandinavischen Länder und Helgoland sowie die ausgedehnten inländischen Wasserverbindungen nach Holland, Bremen und Hamburg verlief der für das ganze Land lebenswichtige Handel. Hauptgegenstände der Ausfuhr waren<sup>37</sup>: Getreide, Vieh (besonders Pferde und Rinder), Produkte der Viehwirtschaft und Baumaterialien (Mauersteine und Dachziegel). Eingeführt wurden Genußmittel (Kaffee, Tee, Tabak und Wein), Zucker, Salz, Holz und Manufakturwaren<sup>38</sup>. Sehr lebhaft war der Handel mit Westfalen. Ostfriesische und münsterische Kaufleute genossen im gegenseitigen Warenaustausch Zollvergünstigungen, und die Liste der Handelsgüter auf beiden Seiten war lang. Sie reichte von Getreide und Molkereiprodukten über Fisch, Salz, Bier bis zu den verschiedensten Materialien für die Textilherstellung und Holz<sup>39</sup>. Wichtig für die wirtschaftliche Situation, besonders Logas und Logabirums, ist deren räumliche Nähe zu Leer. Dieser Ort besaß zwar erst seit 1823 Stadtrechte, hatte jedoch aufgrund seiner zentralen Lage an der schiffbaren Ems (Emsübergang!) spätestens seit der Mitte des 18. Jahrhunderts gegenüber Emden an Bedeutung gewonnen. Hervorzuheben ist für das 17. Jahrhundert die hier in erster Linie durch niederländische Emigranten (Mennoniten) betriebene Leinenweberei<sup>40</sup> und für das 18. Jahrhundert die nach Aufhebung des Emders Stapelrechts zunehmende Belegung der Binnenschifffahrt. Der Wagenverkehr innerhalb Ostfrieslands war wegen der schlechten und witterungsanfälligen Straßen nicht weit entwickelt. In der Regel wurden nur teure Waren über Land transportiert. Einige Bedeutung hatte der Landweg von und nach der Residenzstadt Aurich. Von hier aus führten Wege nach Friedeburg, nach Leer, nach Emden und Norden, Esens und Wittmund<sup>41</sup>.

#### 2.4.2. Das Untersuchungsgebiet Schwalm<sup>42</sup>

Zum Untersuchungsgebiet Schwalm gehören elf Gemeinden: Christerode, Gungelshausen, Hauptschwenda, Holzburg, Leimach, Loshausen, Merzhausen, Ransbach, Wasenberg, Willingshausen und Zella<sup>43</sup>. Mit Ausnahme der Gemeinde Holzburg waren die Bewohner der im Untersuchungsgebiet vertretenen Dörfer reformiert. Die Holzbürger waren mehrheitlich evangelisch-lutherisch. Sowohl in Merzhausen als auch in Willingshausen gab es jüdische Gemeinden, deren Bevölkerungsanteil aufgrund der unzureichenden Quellenlage allerdings

<sup>36</sup> H. Thomas, Ostfriesische Geschichte (Teil 4/1951), 43-49.

<sup>37</sup> F. Arends, Erdbeschreibung... (1824), 22.

<sup>38</sup> Ebda., 1824, 23.

<sup>39</sup> H. Wiemann, "Beiträge..." (1969), 425.

<sup>40</sup> Vgl. hierzu die immer noch ausführlichste Darstellung der Herstellungsverfahren und der wirtschaftlichen Entwicklung der Leinenweberei von E. Esselborn, "Die Leinenweberei..." (1937), 89-119; 1938, 95-115; 1939, 106-134.

<sup>41</sup> H. Wiemann, "Beiträge zur geschichtlichen Entwicklung..." (1950), 8-12.

<sup>42</sup> Eine detaillierte Beschreibung des Untersuchungsgebietes Schwalm findet sich in I.E. Kloke, "Untersuchungsgebiete..." (1990), 127-140.

<sup>43</sup> In kirchlicher Hinsicht gehörten die Gemeinden während der Berichtszeit zu unterschiedlichen und zum Teil wechselnden Kirchspielen. Näheres ebda., 136-140.

## Das Untersuchungsgebiet Schwalm

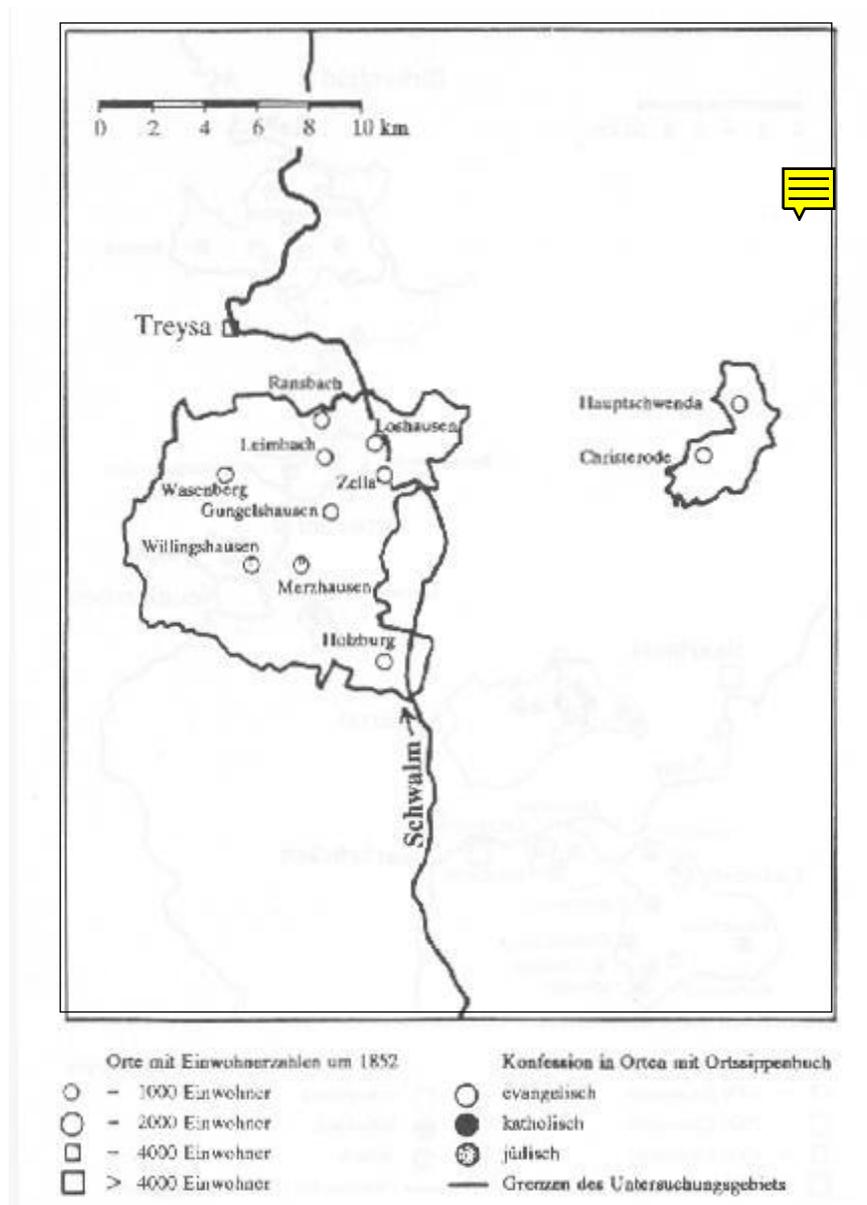


Abb.2.4.2.a. Quelle: Imhof et al. 1990, 89

nicht im Datensatz vertreten ist. In erbrechtlicher Hinsicht herrschte die geschlossene Vererbung vor.

Die Schwalm ist eine Beckenlandschaft in der Westhessischen Senke. Sie wird im Osten durch den Knüll, im Süden durch die nördlichen Ausläufer des Vogelsberges und im Westen durch die Buntsandsteinplatte des Gilsberger Hochlands eingefasst. Erst im Norden, mit dem Übergang in das Fritzlarer Becken zwischen Knüll und Kellerwald, öffnet sich die Landschaft. Das Kerngebiet liegt am Mittellauf des gleichnamigen Flusses, dem sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite zahlreiche kleinere Wasserläufe (u.a. Antreff und Wiera) zufließen. Hier liegt die Mehrzahl der Gemeinden des Untersuchungsgebietes in einer mittleren Höhe zwischen 200 und 300 m über Normalnull. Am äußersten Rand der Schwalm im Vorland des Knüllgebirges (Höhe: zwischen 300 und 500 m über Normalnull) liegen Christerode und Hauptschwenda.

Die Schwalm bietet nicht nur aufgrund ihrer bodenmäßigen Voraussetzungen, sondern auch durch die Gunst ihres Klimas hervorragende Bedingungen für den Ackerbau. So ist die mittlere Niederschlagssumme infolge der Beckenlage mit unter 550-600 mm im Jahr relativ gering, was verhindert, daß der im Untersuchungsgebiet dominierende Lößboden seinen Kalkanteil durch Auslösung allmählich verliert. Nach Süden und Osten steigen die Niederschläge in dem Maße an, wie das Land in Richtung Vogelsberg und Knüll gebirgiger wird<sup>44</sup>.

Der größte Teil des Untersuchungsgebiets Schwalm gehörte im Mittelalter zum Kerngebiet der Grafschaft Ziegenhain. Das Territorium der Grafschaft trennte die Besitzungen der Landgrafschaft Hessen in Oberhessen und Niederhessen. Nach dem Tode des letzten Grafen von Ziegenhain und Nidda im Jahre 1450 kam es erstmals zu einer territorialen Vereinigung der beiden Teile Hessens. Die erneute Teilung des Landes in vier Gebiete (Hessen-Kassel, Hessen-Marburg, Hessen-Rheinfels, Hessen-Darmstadt) verfügte Landgraf Philipp der Großmütige 1565 testamentarisch. Die Häuser Hessen-Marburg und Hessen-Rheinfels erloschen jedoch bereits nach einer Generation. Dagegen wurde die Trennung von Hessen-Darmstadt und Hessen-Kassel nach dem Dreißigjährigen Krieg mit dem Einigkeitsvertrag von 1648 auf lange Zeit besiegelt. Für die Geschichte Hessen-Kassels, die seit 1708 durch die Übernahme Holzburgs endgültig von allen Dörfern des Untersuchungsgebiets geteilt wurde, war dabei sowohl in innen- als auch in außenpolitischer Hinsicht die Bündnispolitik mit Preußen von großer Tragweite. 1803 wurde Hessen-Kassel zum Kurfürstentum erhoben<sup>45</sup>.

### Wirtschaft und Verkehr<sup>46</sup>

Die Schwalm war während des gesamten Berichtszeitraumes ein überwiegend agrarisch ausgerichteter Raum. Neben Getreide (Roggen, Hafer, Weizen<sup>47</sup>, Gerste) und Kartoffeln war der Flachs ein wichtiges Anbauprodukt, da in zahlreichen Familien der Schwalm das Leinenweben als Nebengewerbe, selten als Hauptgewerbe, betrieben wurde. Die Bodenverhältnisse waren für den Ackerbau je nach Lage der Gemeinden im Untersuchungsgebiet verschieden. Während in der Schwalmniederung günstige Löß- und

<sup>44</sup> Klima-Atlas von Hessen (1950), 6.

<sup>45</sup> Einen Gesamtüberblick über die territoriale Entwicklung Hessens von 1247 bis 1866 geben F. Uhlhorn und F. Schwind, "Die territoriale Entwicklung..." (1984), 71-75.

<sup>46</sup> Der folgende Text entspricht dem Unterkapitel 4.4. in I.E. Kloke, "Untersuchungsgebiete..." (1990), 132-135.

<sup>47</sup> Auf dem fruchtbaren Schwälmer Boden wurde viel Weizen angebaut. Der Schwälmer Bauer kam daher zu seinem Beinamen "Wesbur" (W.Ch. Lange, Land und Leute... [1895], 59.

Lößlehmböden vorherrschen<sup>48</sup>, dominiert im Vorland des Knüll der Buntsandstein (Christerode und Hauptschwenda). Erst spät, um 1850, begann der nur allmähliche Übergang von der strengen Dreifelderwirtschaft zu einer freieren Fruchtfolge. Höck<sup>49</sup> gibt dieselbe in Wasenberg für das Jahr 1853 wie folgt an: im ersten Jahr Korn (Roggen und Weizen), im zweiten Jahr Gerste, Hafer, Klee, Wicken, Wintersamen und im dritten Jahr Kartoffeln, Erbsen, Rüben, Lein, Sommersamen und Hirse. Nur ein Drittel des Brachlandes war reine Brache; der größere Teil wurde bestellt. Der Anteil des Grünlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche war um 1750 in den Gemeinden des Knüllvorlandes am größten. Er betrug, nach Born<sup>50</sup>, in Christerode 57% und in Hauptschwenda 47%. Bei geringfügigem eigenen Getreideanbau spielte die Viehzucht hier demnach bereits im 18. Jahrhundert die größte Rolle. Da in den meisten anderen Gemarkungen eher Mangel an Grünland herrschte<sup>51</sup>, wurden die Gemeindeherden in der Regel in die Wälder zur Weide getrieben. Wo diese fehlten, war schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Stallhaltung bekannt<sup>52</sup>. Endgültig nahm die Viehhaltung mit der Einführung des vermehrten Futteranbaus im Schwalmgebiet um die Mitte des 19. Jahrhunderts ihren Aufschwung. Die Produktion von Milcherzeugnissen wurde erhöht; der Verkauf in die auch weiter entfernt gelegenen Städte nahm zu. Aus diesem Handel erklärt sich die gegen Ende des Berichtszeitraumes in den Kirchenbüchern immer häufiger vorkommende Tätigkeitsbeschreibung "Butterhändler" oder "Butterführer". Die Butterführer kauften in den Dörfern Butter, Eier und Käse und brachten sie bis nach Marburg oder Kassel, um sie dort zu veräußern.

Nach Speitkamp<sup>53</sup> war die ländlich-dörfliche Bevölkerung in Kurhessen sozial und rechtlich gegliedert in die eigentlichen Bauern (Voll- und Halbbauern, Fahrbauern, Anspanner, Hufner, Meier), zweitens die Einwohner mit eigenen Häusern, aber nur wenig Ländereien (Hintersiedler) und drittens die Beisitzer oder Einlieger, die weder Haus noch Land besaßen, zur Miete wohnten und sich allein durch Tagelohn oder Leinenweben ernährten. Höck<sup>54</sup> gibt die Besitzverteilung in Wasenberg für 1853 aufgrund der Beantwortung eines amtlichen Fragebogens durch den Ortspfarrer im Detail an. Demnach verfügte lediglich ein Besitzer auf der Gemarkung über mehr als 140 Morgen Land. 21 Besitzer hatten mehr als 60 Morgen Land, 21 Besitzungen waren zwischen 20 und 59 Morgen groß, 6 hatten zwischen 10 und 19 Morgen Land, und 19 Besitzer verfügten über weniger als 10 Morgen. 15 Familien besaßen nur Haus und Garten, und 20 lebten zur Miete<sup>55</sup>. Gegenüber Born<sup>56</sup>, der die Zahl der Betriebe mit über 20 ha in Wasenberg aufgrund von Lager-, Stück- und Steuerbüchern für das 18. Jahrhundert mit 20 angibt, hat sich im Verlaufe eines Jahrhunderts in den größeren Betriebsklassen demnach wenig verändert. Allerdings lassen die Angaben bei Born für die übrigen Dörfer des Untersuchungsgebiets erkennen, daß der Anteil der größeren Betriebe in keinem anderen Dorf so hoch war wie in Wasenberg. Lediglich in Gungelshausen, Leimbach und Ransbach waren alle Höfe der jeweils aus nicht mehr als 5 bzw. 6 Bauerngütern bestehenden Orte über 20 ha groß. Der Anteil der Betriebe, die nur über eine Hektarzahl von eins bis fünf oder weniger verfügten, war in Christerode (37% aller Besitzungen), Loshausen (57% aller Besitzungen) und Merzhausen

<sup>48</sup> Nach G. Landau, Beschreibung des Kurfürstentums... (1867), 55 gab der Schwalmgrund in der Mitte des 19. Jahrhunderts das Zehn- bis Zwölffache der Aussaat an Korn zurück.

<sup>49</sup> A. Höck, "Wassenberg..." (1985), 127.

<sup>50</sup> M. Born, Wandlung und Beharrung... (1961), 118.

<sup>51</sup> Eine Ausnahme macht Loshausen, das in der Mitte des 18. Jahrhunderts nicht nur einen großen Viehbestand hatte, sondern auch über einen hohen Grünlandanteil (192 ha von 392 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) verfügte. Vgl. Ebda., 117, 102.

<sup>52</sup> Ebda., 103.

<sup>53</sup> W. Speitkamp, Restauration als Transformation... (1986), 48.

<sup>54</sup> A. Höck, "Wassenberg..." (1985), 129.

<sup>55</sup> Die Altenteiler oder Auszugsleute wurden - nach A. Höck (ebda.) - nicht mitgezählt.

<sup>56</sup> M. Born, Wandlung und Beharrung... (1961), 98-99.

(73% aller Besitzungen) signifikant hoch. In Wasenberg hatte er im 19. Jahrhundert gegenüber dem 18. Jahrhundert deutlich zugenommen<sup>57</sup>.

Je geringer jedoch der Bodenertrag aus dem eigenen kleinen Stück Land war, um so mehr waren die Schwälmer auf Nebenerwerb angewiesen<sup>58</sup>. Da das Handwerk nur für den örtlichen Bedarf arbeitete und auch für eine frühe Industrialisierung die Voraussetzungen fehlten<sup>59</sup>, erhielt das Textilgewerbe im Kreis Ziegenhain besonders im 18. Jahrhundert eine zeitweise beachtliche regionale Bedeutung. Nach Lerch<sup>60</sup> wurde in fast allen Gegenden Hessens im 17. und 18. Jahrhundert gesponnen und gewebt. Im Kreis Ziegenhain wurde im Verhältnis der meiste Flachs angebaut<sup>61</sup>. Dascher<sup>62</sup> betont den Vorrang der Spinnerei vor der Weberei in der Schwalm<sup>63</sup>, und auch Curtius<sup>64</sup> bedauert als aus seiner Sicht nachteilig, daß es *"um die Schwalm wenig Weber giebt, aber destomehr Spinner, welche für auswärtige Rechnung arbeiten"*. Nach Eckhardt<sup>65</sup> gab es 1740 in den Verwaltungsgrenzen der ehemaligen Grafschaft Ziegenhain 77 Leineweber im Amt Ziegenhain und 52 im Amt Neukirchen. Die Wollweberei war zwar im Untersuchungsgebiet verbreitet, ihre Bedeutung für den Handel hatte gegenüber der Spinnerei und Leinenweberei jedoch bereits abgenommen<sup>66</sup>. Bis in die 1730er Jahre hinein führte Hessen einen beträchtlichen Teil seiner Textilproduktion, insbesondere nach England, aus, von wo sie in die englischen Kolonien verschifft wurde. Mit der Absatzkrise von 1738, die infolge des spanisch-englischen Seekrieges durch Störungen im Überseehandel verursacht wurde, ergab sich jedoch eine zunehmend schwieriger werdende Exportsituation. Auch die ausländische Konkurrenz nahm zu; besonders die schottischen und irischen Leineweber wurden von den englischen Käufern allmählich bevorzugt, da sie bessere und preiswertere Produkte anboten. Um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert erlebte der Handel nochmals einen Höhepunkt, brach nach der von Napoleon verhängten Kontinentalsperre vorübergehend völlig zusammen und erfuhr, nach einer kurzen Erholungsphase, ab 1830/40 seinen endgültigen Niedergang<sup>67</sup>. In der fruchtbaren Schwalmebene, dies soll noch einmal betont werden, war das Textilgewerbe für den weitaus größten Teil der Bevölkerung nie der Hauptbroterwerb, wie das aus Gebieten mit geringeren Bodenerträgen bekannt ist. Erwerbsmöglichkeiten gab es auch im Export von Getreide (zeitweise in beträchtlichen Mengen), Vieh und Holz sowie im Brennen und Verkaufen von Branntwein<sup>68</sup>.

Industrialisiert war lediglich die Nordostecke des Landkreises Ziegenhain, und dies auch bloß in geringem Umfang. Braunkohlenfunde ließen ab 1820 in Frielendorf, 10 km nordöstlich von Ziegenhain, einen Bergwerksbetrieb entstehen, der jedoch erst in den 1870er Jah-

<sup>57</sup> A. Höck ("Wasenberg..." [1985], 129) nennt 24 Besitzer mit Betrieben unter 20 Morgen. Born 1961, 98 nennt 11 Besitzungen, die über Betriebsgrößen von unter 5 ha verfügten.

<sup>58</sup> Die Zahl der Tagelöhner gibt A. Eckhardt ("Die Gewerbestruktur..." [1965], 200) für 1740 in der Grafschaft Ziegenhain mit 101 im Amt Ziegenhain und mit 44 im Amt Neukirchen an.

<sup>59</sup> Höck 1985, 129 weist für Wasenberg im Jahr 1853 außer 8 Leinewebern 5 Maurer, 4 Schmiede, 4 Schneider, 4 Schreiner, 4 Schuhmacher, 4 Wagner, 2 Wirte, 1 Weißbinder und 1 Pottaschensieder nach.

<sup>60</sup> H. Lerch, Hessische Agrargeschichte... (1926), 135.

<sup>61</sup> Ebda., 145.

<sup>62</sup> O. Dascher, Das Textilgewerbe... (1968), 145-146.

<sup>63</sup> *"Dort, wo die Ackernahrung ausreicht, ist der Anreiz, das aus eigenem Flachs produzierte Garn zu verkaufen, größer als der Zwang, es zu verweben, um auch die geringsten Gewinnmöglichkeiten zu nutzen"*. Ebda., 145-146.

<sup>64</sup> M.C. Curtius, Geschichte und Statistik... (1793), 386.

<sup>65</sup> A. Eckhardt, "Die Gewerbestruktur..." (1965), 200.

<sup>66</sup> G. Ruetz ("Die Woll-Lust..." [1985], 135) gibt an, daß die Schafzucht in Ransbach und Gungelshausen Erwerbsquelle war. Dort wurde die Wolle gekauft, von den Bauern im Leiterwagen abgeholt, *"in der Wiera gewaschen, an Stangen aufgehängt, in der Sonne getrocknet und in lang- und kurzhaarige sortiert, gefärbt, von Wollspinnern gesponnen und endlich mit der Hand gestrickt"*.

<sup>67</sup> H.-W. Hahn, "Der hessische Wirtschaftsraum..." (1986), 408.

<sup>68</sup> J.H. Schwalm, "Kreis Ziegenhain" (1907), 330-331.

ren zu größerer Bedeutung gelangte. 1840 belief sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter zunächst auf 47<sup>69</sup>. Anfang des 20. Jahrhunderts waren es 100, und bis zum Zweiten Weltkrieg erhöhte sich die Zahl auf 800<sup>70</sup>. Für hessische Verhältnisse drückt sich darin zwar schon ein erheblicher Aufschwung der Kohleförderung aus; er war jedoch im Vergleich mit Abbaustätten außerhalb Hessens eher unbedeutend (vgl. z.B. die Entwicklung von Gersweiler oder Landsweiler im Untersuchungsgebiet Saarland). Die Rommershauser Eisenwerke beschäftigten 1840 92 Arbeiter; die Hütte wurde aber wegen mangelnder Rentabilität 1884 stillgelegt<sup>71</sup>. Insgesamt gesehen war die wirtschaftliche Entwicklung in Kurhessen von Stagnation geprägt, während zur selben Zeit in anderen deutschen Staaten die Industrialisierung einsetzte<sup>72</sup>.

Die Schwalmebene gehörte mit der dort praktizierten Erbfolge zum Erbsystem mit Anerbenrecht<sup>73</sup>. Dennoch trat vom 16. bis 18. Jahrhundert eine beträchtliche Verkleinerung vor allem der mittleren Betriebsgrößen in den einzelnen Dörfern ein<sup>74</sup>. Um aus steuerlichen Gründen die bäuerlichen Güter in ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten und vor Zersplitterung zu bewahren, verbot der Landesherr in den Hufenedikten bereits Ende des 17. Jahrhunderts die Teilung der herrschaftlichen Hufengüter. Ebenso enthielten die Leihebriefe der Landsiedelgüter, und unter diesem Besitztitel standen die meisten Güter im nördlichen Hessen wie auch in der Schwalm, regelmäßig Teilungsverbote<sup>75</sup>. Die Teilungsverbote der Grundherren übergangen das Familienrecht völlig. Mayer-Edenhauser leitet daher das Anerbenrecht, genauer: den Güterschluß, ausschließlich aus dem Besitzrecht ab.

Die Schwalm lag zu der Zeit, als es noch keine befestigten Straßen gab, an der relativ stark frequentierten "Straße durch die langen Hessen", die von Gießen über Kirchhain, Treysa, Ziegenhain, Homberg, Spangenberg, Waldkappel und Eschwege in den thüringischen Raum führte<sup>76</sup>. Teilweise überschneidet sich die Streckenführung der Verbindung Frankfurt-Kassel mit "den langen Hessen". Diese Straße führte über Gießen, Kirchberg, Ebsdorf, Amöneburg, Kirchhain, Langenstein, Erksdorf, Speckswinkel, Momberg, Treysa, Schlierbach und weiter über Fritzlar nach Kassel<sup>77</sup>. Nach der Häufigkeit der Beurkundung schließt Krüger<sup>78</sup> auf die Benutzungsfrequenz. Da die genannten Verbindungen im Zeitraum des 16./17. Jahrhunderts vergleichsweise häufig beurkundet sind, dürfte ein verkehrs- und handelsmäßig guter Anschluß des Untersuchungsgebiets an die wichtigsten Handelsplätze der näheren und weiteren Umgebung seit dem 16. Jahrhundert existiert haben<sup>79</sup>. Der Eisenbahnbau, der in den 1850er Jahren in Angriff genommen wurde, bewirkte keine einschneidende wirtschaftliche Veränderung in der Schwalm. Die erste, das Untersuchungsgebiet berührende Strecke, war die 1852 fertiggestellte Main-Weser-Bahn von Kassel nach Frankfurt mit einem Bahnhof in Treysa, die allerdings nicht den gewünschten wirtschaftlichen Impuls brachte. 1879 wurde die Berlin-Koblenzer-Bahn in Betrieb genommen, die, von Frielendorf kommend, über Ziegenhain/Treysa führte. Der Bau einer Nebenstrecke Hersfeld-Treysa wurde lange hinausgezögert. Die Genehmigung, 1902, wurde schließlich

<sup>69</sup> H. Bambey, "Der Frielendorfer Braunkohlebergbau" (1988), 197, 199.

<sup>70</sup> W. Frei, "Die Wirtschaft..." (1971), 120.

<sup>71</sup> Ebda., 117.

<sup>72</sup> Zur politischen und wirtschaftlichen Lage der Bauern vor und nach dem Beitritt Kurhessens zum preußischen Zollverein, 1830, vgl. E. Sakai, Der kurhessische Bauer... (1967), 50-63, 105-109.

<sup>73</sup> G. Landau, Beschreibung... (1867), 439; J. Jessen, "Die Vererbung..." (1930), 257-291.

<sup>74</sup> M. Born, Wandlung und Beharrung... (1961), 95.

<sup>75</sup> Th. Mayer-Edenhauser, Untersuchungen über Anerbenrecht... (1942), 82-83.

<sup>76</sup> H. Krüger, Hessische Altstraßen... (1963), 90, Route 35.

<sup>77</sup> Ebda., 78, Route 3.

<sup>78</sup> Ebda., 19-20.

<sup>79</sup> Für den Landstraßen und Chausseebau vom 16. bis 19. Jahrhundert vgl. A. Weber, "Landstraßen..." (1984), 190-193.

mit der Förderung der Landwirtschaft begründet. Unter anderem sollte damit eine weitergehende Entvölkerung verhindert werden.

### 2.4.3. Das Untersuchungsgebiet Hartum<sup>80</sup>

Das Untersuchungsgebiet Hartum umfaßt ein Kirchspiel mit vier Gemeinden: Hartum, Hahlen, Holzhausen (gelegentlich auch als Holzhausen II bezeichnet) und Nordhemmern. Die Bewohner des Kirchspiels waren fast ausnahmslos evangelisch-lutherisch. In erbrechtlicher Hinsicht herrschte die Form der geschlossenen Vererbung.

Das Untersuchungsgebiet Hartum liegt wenige Kilometer nördlich der Wiehen- und Wesergebirgsketten in der norddeutschen Tiefebene. Die Stadt Minden liegt nur wenige Kilometer östlich, Hahlen ist heute Stadtteil von Minden. Nicht anders als für das Untersuchungsgebiet Ostfriesland ist Flachheit der Grundzug des 40-60 m hohen Mindener Gebirgsvorlandes und der unmittelbar daran anschließenden Hartumer Lößplatte, auf welcher der größte Teil des Berichtsgebietes liegt. Da die Hartumer Kirchspielgemeinden lediglich am Rand der im 18. und 19. Jahrhundert stark protoindustriell geprägten Region Minden-Ravensberg liegen, überwiegen Ackerbau und Viehzucht.

In klimatischer Hinsicht wirkt sich für das Untersuchungsgebiet besonders aus, daß es infolge seiner Lage im Lee des Gebirges zum westlichen Ausläufer des großen niederdeutschen Trockengebietes gehört. Die mittlere Niederschlagssumme beträgt 650-700 mm im Jahr<sup>81</sup>.

Das Fürstbistum Minden, zu dem das Kirchspiel im 17. Jahrhundert politisch gehörte, fiel 1648 im Westfälischen Frieden als Teil der Entschädigung für Vorpommern an den Kurfürsten von Brandenburg. Trotz dieses, im Vergleich zu Ostfriesland (1744), relativ frühen Übernahmezeitpunkts gehörte Minden nicht zu den ältesten preußischen Besitzungen in Westfalen, da Ravensberg, Kleve und Mark bereits 1614 an Brandenburg gekommen waren. 1719 wurde das Fürstentum Minden mit der Grafschaft Ravensberg vereinigt. 1723 erfolgte die Einrichtung der gemeinsamen Kriegs- und Domänenkammer. Die Stadt Minden wurde Sitz der preußischen Verwaltungsbehörde. Die Übernahme des Landes in den Machtbereich der Franzosen erfolgte 1806. 1810 kam das ehemalige Fürstentum Minden und der nordwestliche Teil der Grafschaft Ravensberg im Rahmen von größeren Gebiets- und Grenzveränderungen direkt an das französische Kaiserreich. Nach dem Wiener Kongreß bildete der Kreis Minden mit elf weiteren Kreisen den Regierungsbezirk Minden im Königreich Preußen.

### Wirtschaft und Verkehr<sup>82</sup>

Die ökonomische Lage der Bevölkerung des Kirchspiels wurde in der Berichtszeit in erster Linie durch die Landwirtschaft bestimmt. Daneben waren in den vier Dörfern in unterschiedlichem Grad von Bedeutung: Der Torfstich (ausschließlich in Hartum und Hahlen),

<sup>80</sup> Eine detaillierte Beschreibung des Untersuchungsgebietes Hartum findet sich in I.E. Kloke, "Untersuchungsgebiete..." (1990), 115-125.

<sup>81</sup> Klima-Atlas von Niedersachsen (1964), 51.

<sup>82</sup> Der folgende Text entspricht dem Unterkapitel 3.4. in I.E. Kloke, "Untersuchungsgebiete..." (1990), 119-123.

## Das Untersuchungsgebiet Hartum

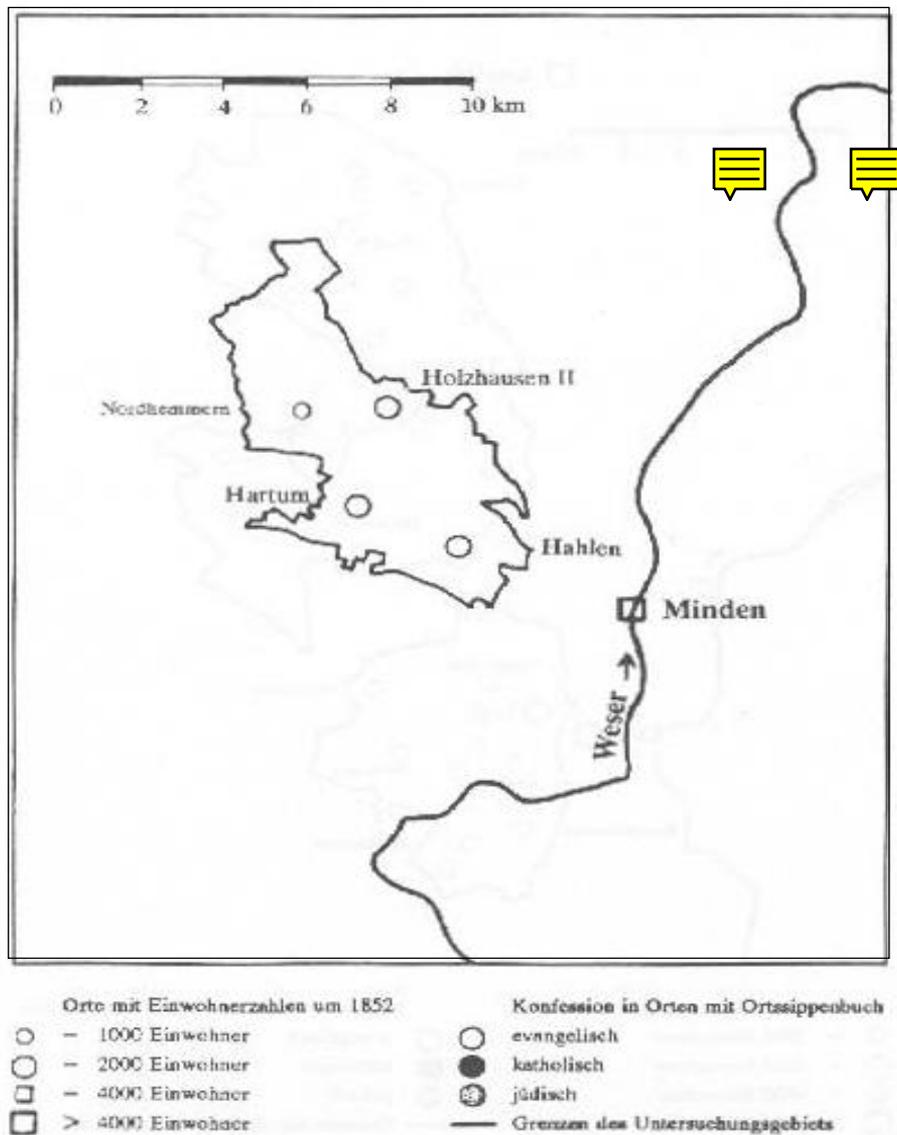


Abb.2.4.3.a. Quelle: Imhof et al. 1990, 88

Flachsenbau und Spinnerei, die Viehwirtschaft, das Frachtfahren und die Hollandgänge-  
rei<sup>83</sup>. Das Kirchspiel lag demnach lediglich am Rand einer (besonders von Mager und Mooser  
in einer Reihe von Beiträgen beschriebenen) Region protoindustriell verdichteter Tex-  
tilindustrie in Minden-Ravensberg<sup>84</sup>. Daß dies der Fall war, zeigt auch die Karte "Leinenweb-  
stühle und Leggeorte um 1800" bei Reekers<sup>85</sup>, auf der in übersichtlicher Form erkennbar  
wird, daß sich die Hauptgebiete der Leinwandproduktion (hier: Löwendinnen<sup>86</sup>) auf dem  
Gebiet des ehemaligen Fürstentums Minden in der westlichen Landeshälfte konzentrierten  
(Ämter Rahden und Reineberg)<sup>87</sup>.

Einen ersten Hinweis darauf, daß das textile Gewerbe dennoch auch im wirtschaftlichen  
Gefüge des Untersuchungsgebiets seinen festen Platz hatte, gibt die Karte 4 ("Die textilen  
Gewerbe im ausgehenden 18. Jahrhundert"), ebenfalls bei Reekers<sup>88</sup>. In der Karte sind  
nach Aussage der Autorin<sup>89</sup> aufgrund von Berichten und Produktionszahlen die Hauptge-  
biete der Garnspinnerei mit eingezeichnet. Sie erstreckten sich - mit Ausnahme eines klar  
umrissenen Gebiets, das in einem flächenmäßig nicht sehr ausgedehnten Halbkreis auf der  
der Weser gegenüberliegenden Seite um Minden verlief - nahezu über das gesamte  
Mindener Land und legen somit die Vermutung nahe, daß zumindest in einem Teil des  
Untersuchungsgebiets, wenn auch in bescheidenem Umfang, Handelsgarn gefertigt  
wurde<sup>90</sup>. Der Kreis Minden war nach der von Wischermann<sup>91</sup> entworfenen "Landkarte des  
Elends in Westfalen 1829"<sup>92</sup> erwartungsgemäß nicht in der gleichen Weise von den wirt-  
schaftlichen Krisen des Vormärz betroffen wie etwa der durch die Verbreitung der Löwend-  
innenfertigung protoindustriell erschlossene Nachbarkreis Lübbecke. Dennoch läßt der

<sup>83</sup> Eine herausragende Quelle für die Einschätzung der wirtschaftlichen Verhältnisse im engeren Untersu-  
chungsgebiet ist das von dem Pfarrer der Gemeinde Hartum, Erdsiek, im Jahre 1819 begonnene  
Chronik-Buch (G.H.W. Erdsiek, "Aus dem Kirchspiel Hartum..." [1819-1829, veröffentl. 1926/1927],  
passim). Speziell zur Hollandgängerei vgl. die grundlegende Arbeit von F. Bölsker-Schlicht (Die  
Hollandgängerei... [1987], bes. 56-57). Als Beleg für das Amt Petershagen als Herkunftsgebiet im  
engeren Sinne kann darüber hinaus Ch.F.B. Augustin (Statistische Übersicht... [1808], 227) heran-  
gezogen werden.

<sup>84</sup> J. Mooser, "Familie und soziale Plazierung..." (1980), 127-212; W. Mager, "Protoindustrialisierung..."  
(1982), 435-474; J. Mooser, "Der Weg..." (1983), 73-95 und besonders Ders., Ländliche  
Klassengesellschaft... (1984), 39-83, 146-181.

<sup>85</sup> St. Reekers, "Beiträge zur statistischen Darstellung..." (1964), 99.

<sup>86</sup> Nach F. Meese ("Über die sogenannten Westphälischen Löwendinnen" [1792], 61-65) wurde der  
größte Teil des westfälischen Löwendlennens aus Hanf gefertigt. Das dicht und fest gewebte Grobleinen  
war "jedoch ohne Zweifel nur für den mittleren und geringeren Theil der Einwohner".

<sup>87</sup> Nach H.-J. Seeger (Westfalens Handel... [1926], 73) verlief die Grenze der "Verbreitung der Leinwand-  
weberei auf dem platten Lande" bereits in der Epoche von 900-1300 (vgl. dazu die Karte, ebda.) in ver-  
tikaler Linie etwa in der Mitte zwischen Lübbecke und Minden und damit exakt am westlichen Rand des  
Untersuchungsgebietes entlang. In der Karte 1 bei W. Wischermann ("Zur Problematik..." [1988], 162)  
mit dem Titel "Leinenwebstühle in den Landkreisen der Provinz Westfalen 1819" erklärt sich die relativ  
hohe Zahl der Leinenwebstühle je 1000 Einwohner im Untersuchungsgebiet aus dem Kreisdurchschnitt,  
der die Unterschiede innerhalb des Kreises selbst unberücksichtigt läßt.

<sup>88</sup> St. Reekers, "Beiträge..." (1964), 139.

<sup>89</sup> Ebda., 140.

<sup>90</sup> Vgl. dazu auch die Karte Abb.6: Bergbau, Industrie und Gewerbe in Westfalen um 1800 nach Müller-  
Wille bei A. Mayr ("Die Wirtschaftsräume Westfalens... [1984], 36). Die Spinnerei und Weberei im  
Gebiet westlich von Minden wird hier als "mittel" im Vergleich zu den Einstufungen "stark" und  
"schwach" bezeichnet. Daß diese Einschätzung zutrifft, bestätigt P.F. Weddigen (Versuch einer  
geographisch-statistischen Beschreibung... [1790], 358), der für das Jahr 1788 58 Webstühle im Amt  
Petershagen aufführt. Seinen Angaben zufolge wurde für 1 730 Reichstaler Leinwand fabriziert (Debit  
im Lande: 1 425 Reichstaler, Export: 305 Reichstaler). Zum Vergleich seien die Zahlen, die Weddigen  
für die Ämter Rahden und Schlüsselberg anführt, ebenfalls genannt. 1 380 Webstühle ("und eben so  
viele Weber") verfertigten im Amt Rahden für 34 500 Reichstaler Leinwand ("einländischer Debit:  
30 100 Reichstaler, ausländischer Debit: 4 400 Reichstaler"). Im Amt Schlüsselburg fabrizierten 36  
Webstühle für 812 Reichstaler Leinwand (Debit im Lande: 614, Export: 198 Reichstaler).

<sup>91</sup> C. Wischermann, "Die Wirtschaftsräume..." (1984), 57.

<sup>92</sup> Die von dem Autor selbst als problematisch bezeichnete (aber gleichwohl sehr interessante) Kartierung  
von Armutszonen basiert auf der Anzahl der vom preußischen Staat während der Ernährungskrise  
1830/31 mit Salz unterstützten Gemeinden pro Kreis.

Anstieg der Zahl der Hollandgänger im Amt Hartum, besonders seit Ende der 30er Jahre<sup>93</sup>, erkennen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung von dem Rückgang der Leinenweberei - und hier in wohl noch weit stärkerem Maße der Leinenspinnerei - betroffen war und auf Nebenverdienstmöglichkeiten angewiesen blieb. Die Frage, um welchen Teil der Bevölkerung es sich handelte und welche Umstände hierbei eine Rolle spielten, lenkt den Blick auf die (land)wirtschaftliche und soziale Struktur des Gebiets.

Aussagen hierzu sind im Falle der Gemeinde Hartum für das Jahr 1837 möglich aufgrund einer Zusammenstellung des seinerzeitigen Amtmanns<sup>94</sup>. Demnach hatte Hartum zum angegebenen Zeitpunkt 1 100 Einwohner. Die Zahl der Heuerlingsfamilien wird mit 87 angegeben. Dem standen 51 Kolonate<sup>95</sup> gegenüber. Davon hatte lediglich ein Hof mehr als 60 Morgen Land, 3 Besitzungen waren größer als 40 Morgen, immerhin 22 größer als 20 Morgen; 10 Kolonatsstellen verfügten über mehr als 10 Morgen Land, und 15 Besitzungen waren kleiner. Diese Angaben bestätigen Aussagen in der Fachliteratur, nach der die Zahl der landarmen und landlosen Bevölkerung im nördlichen und östlichen Westfalen im 18. Jahrhundert besonders stark angewachsen war<sup>96</sup>. Die preußische Peuplierungspolitik förderte das für den hier interessierenden Raum typische Heuerlingswesen<sup>97</sup> damals ebenso wie die Aufteilung der Gemeinheiten im 19. Jahrhundert die Anlage von Neu- bzw. Kleinbauernwirtschaften<sup>98</sup>. Vor allem für letztere war der Bonitierungswert ihrer Böden, die Art ihrer Nutzung und - in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend - auch die Anwendung intensivierender Methoden von größter Bedeutung. Das Neuland war oft weniger fruchtbar und brachte, besonders bei sandigen Böden, häufig nicht einmal die Hälfte des Ertrages einer qualitativ durchschnittlichen Parzelle. Nach Mooser<sup>99</sup> war die Lage der Neubauern, die solches Land unter Schulden erwarben, oft trostloser als die der Heuerlinge.

<sup>93</sup> Die Zahl der Hollandgänger betrug im Amt Hartum von 1826 bis 1830 31, von 1836 bis 1843 101 Personen. Quelle: Statistisches Amt Detmold (STAD) M2, Minden 4. Amt Hartum, Nr.18. Seit 1844 gab es auf Anweisung der Landesregierung keine Nachweise über die Hollandgängerei mehr. Die Verfasserin dankt Prof. Dr. Josef Mooser in diesem Zusammenhang für die freundliche Überlassung von handschriftlichen Auszügen aus archivierten Dokumenten des Statistischen Amtes Detmold das Amt Hartum betreffend. Das Amt Hartum umfaßte bis 1832 die Gemeinden des Untersuchungsgebietes. Nach 1832 zählten darüber hinaus die Gemeinden Südhemmern, Hille und Eickhorst zum Amt. Ob die Hollandgänger dieser Gemeinden in der Statistik miterfaßt sind, geht aus den überlassenen Aufzeichnungen nicht eindeutig hervor. Deutlich zeigt sich der Einschnitt der Jahre 1832 und 1844 jedoch in der Zahlenreihe zur "migratory labour" bei J. Lucassen (Migrant labour... [1987], 270), der für das Amt Hartum 11 (1830), 94 (1840), 94 (1843) und 10 (1861) "migrant workers" angibt.

<sup>94</sup> Statistisches Amt Detmold (STAD) M 2, Minden 4. Amt Hartum, Nr. 13. Zur Übermittlung der Angaben vgl. Anm. 93.

<sup>95</sup> In der zitierten Quelle werden Kolonats- und Heuerlingswirtschaften gegeneinander abgesetzt. Da die Besitzrechte und -pflichten in Westfalen vielfach abgestuft und darüber hinaus regional differenziert waren, kann der Kolonatsbesitzer nicht per definitionem als Vollerbe, Halberbe und/oder Kot(t)e identifiziert werden. Es spricht jedoch alles dafür, daß er im Unterschied zum Heuerling über Eigenland verfügt hat. Der Begriff "Kolonatsbesitzer" wäre demnach als Sammelbegriff zu verstehen. Nach H. Schotte ("Die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung... [1912], 51-52) bildeten die Erben gemeinsam mit den Köttern den Kreis der vollberechtigten und vollverpflichteten Gemeindemitglieder.

<sup>96</sup> Vgl. dazu die Tafel 42 (Die Landkreise nach dem Vorwiegen der verschiedenen Größenklassen der landwirtschaftlichen Hauptbetriebe, 1895) bei E. Blenck (Hrsg.) (Festschrift... [1905], 56), in der Minden zu den Landkreisen gerechnet wird, in denen der mittelbäuerliche Betrieb (von 5 bis unter 20 ha) den Hauptanteil der Anbaufläche sämtlicher Hauptbetriebe einnimmt.

<sup>97</sup> Das Heuerlingswesen war ein durch traditionelle ländliche Rechtsformen bestimmtes Pacht-Arbeits-Verhältnis, bei dem der Bauer dem Heuerling gegen Arbeitshilfe einige Morgen Land zur Nutzung überließ (H. Ditt, Struktur und Wandel... [1965], 4). W. Wilms ("Großbauern..." [1913], 68-70) betont besonders die Abhängigkeit der Mehrzahl der Heuerlinge vom Nebenerwerb (gewerbliche Lohnarbeit, Taglohn, Heimarbeit, Wanderarbeit).

<sup>98</sup> Für die Jahre 1819 sowie 1825-1829 gibt Erdsiek eine Vorstellung von der Zahl der in den einzelnen Jahren im Amt angelegten Neubauereien (G.H.W. Erdsiek, "Aus dem Kirchspiel Hartum..." [1926/27], passim). Während es 1819 nur 3 waren und der Chronist für die folgenden Jahre gar keine verzeichnet, steigt ihre Zahl nach 1825 stetig an: 4 (1825), 5 (1826), 8 (1827), 9 (1828), 3 (1829).

<sup>99</sup> J. Mooser, Ländliche Klassengesellschaft... (1984), 130.

Für das Untersuchungsgebiet findet sich eine Bestätigung dieser Sachlage bei der Betrachtung der topographischen Karte von Nordhemmern<sup>100</sup>. Deutlich zerfällt die Gemeinde in einen südlichen und in einen nördlichen Ortsteil. Beide Teile sind durch die Niederung des Landerbaches voneinander getrennt. Südlich der Grenzlinie liegt in Hanglage der alte Dorfkern mit Kirche und kleinem Dorfanger, angesiedelt auf der nördlichen Randzone der Hartumer Lößplatte. Nördlich der Grenzlinie liegt der im wesentlichen erst seit dem 18. Jahrhundert auf altem Markengrund gewachsene jüngere Ortsteil bereits auf der Meßlinger Geestplatte. Die Böden sind hier von minderer Qualität. Auffällig ist überdies die Streulage der Gehöfte, die im Unterschied zur älteren Ansiedlung keine geschlossene Dorfform mehr erkennen lassen. Ähnlich ist die Situation in Holzhausen II. Hier ist es der Wasserlauf der Ösper, der die Gemeinde in einen südlichen und in einen nördlichen Abschnitt mit entsprechenden Unterschieden der Bodenqualität teilt. Im einzelnen muß demnach bei der Bewertung der Bodenqualitäten deutlich zwischen den vier Gemeinden des Untersuchungsgebiets unterschieden werden. Während es sich bei dem waldarmen Gebiet um Hartum auf der sogenannten Hartumer Lößplatte um einen lehmigen Boden von hoher Fruchtbarkeit handelt, wird derselbe nach Norden zur Geest hin bald sandiger. Dies führt dazu, daß die Gemeinden Holzhausen II und Nordhemmern auf der bei Franke<sup>101</sup> publizierten 100 Punkte zählenden Bodenbewertungsskala aus dem Jahre 1930 lediglich ein Drittel (25-55 Punkte) der Bewertungszahl von Hartum (71-80 Punkte) erreichten. Die mittleren Böden der Gemeinde Hahlen erhielten damals immerhin noch eine Richtzahl von 56-70 Punkten. Hahlen liegt wie Hartum am nördlichen Rand der sogenannten Bastauniederung. Charakteristisch für beide Gemeinden ist die hier nach der Kultivierung des Moores besonders stark vertretene Grünlandnutzung<sup>102</sup>.

Die soeben beschriebene prinzipielle Zweiteilung des Hartumer Untersuchungsgebiets in eine nördliche Sand- und in eine südliche Lehmregion findet ihre Bestätigung in der Tatsache, daß beide Regionen durch den Verlauf der Südostgrenze der Plaggendüngung voneinander getrennt sind. Während des gesamten Untersuchungszeitraums herrschte bei den Getreidearten der Roggenanbau vor. Während man jedoch den Roggen auf der Geest nach Maßgabe eines im Unterschied zu den ostfriesischen Verhältnissen schon gemäßigten Einfeldsystems rund 5-10 Jahre aufeinander folgen ließ, um dann Hafer oder Buchweizen einzuschieben, erlaubten die bodenfeuchten Lehmböden der Lößplatte auch freiere Getreidefolgen<sup>103</sup>. Allgemein wurde seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert die Bebauung der Brache im Minden-Ravensberger Land mit Flachs, Hanf, Kartoffeln und/oder Rüben (diese nur vereinzelt im Kreis Minden) immer häufiger. Der Klee hatte sich als Brachfrucht bereits im 18. Jahrhundert voll durchgesetzt<sup>104</sup>. Ausnahme von der Regel waren die Sandgebiete, deren schlechte Böden eine intensivere Nutzung vor der Einführung des Kunstdüngers nicht erlaubten und deren Wirtschaftssystem bis zum Ende der Berichtszeit aus diesem Grund stagnierte.

Die Verkehrslage des Untersuchungsgebiets war vor 1847 (Inbetriebnahme der Eisenbahnstrecke Hamm-Minden) nicht günstig. Verkehrsknotenpunkt war Minden an der Weser. Der Fluß bildete die wichtigste Verbindung zwischen dem nordhessischen und dem südniedersächsischen Raum und der See. Nach Westen und Osten gelangten die Ortsbewohner auf dem alten Hellweg, der von den Niederlanden kommend über Osnabrück, Lübbecke, Minden, Stadthagen und Hannover bzw. Hildesheim führte und schließlich in Braunschweig

<sup>100</sup> W. Nellner, Die natürlichen Grundlagen... (1953), 26, Abb.1.

<sup>101</sup> G. Franke, Bewegung... (1972).

<sup>102</sup> Ebda., 11-15.

<sup>103</sup> Vgl. hierzu die Karte "Ländliche Nutzungssysteme im 18. Jahrhundert" bei W. Müller-Wille, Westfalen... (1981), 202.

<sup>104</sup> H. Ditt, Struktur und Wandel... (1965), 6-7.

endete<sup>105</sup>. Keine feste Straße verband Minden mit der Geest im Norden. Seit 1915 verläuft nördlich der Bastauniederung, und damit direkt durch die Gemeinden Hartum und Hahlen, der Mittelland-Kanal.

Im gesamten Untersuchungsgebiet galt das Anerbenrecht. 1721 verbot ein Patent die Zersplitterung der Bauernhöfe. 1756 setzte ein Edikt ein erstes Zeichen für die Tendenz einer Aufteilung der Gemeinheiten.

#### 2.4.4. Das Untersuchungsgebiet Herrenberg<sup>106</sup>

Das Untersuchungsgebiet Herrenberg umfaßt sechs Gemeinden. Bei fünf Gemeinden handelt es sich um selbständige evangelische Kirchspiele: Bondorf, Mötzingen, Öschelbronn, Tailfingen und Unterjettingen. Die Gemeinde Nebringen war während der Berichtszeit Filialort von Tailfingen. Die Bewohner der Gemeinden waren fast ausnahmslos evangelischen Glaubens. In erbrechtlicher Hinsicht herrschte die Grundform der Freiteilbarkeit vor.

Das Untersuchungsgebiet Herrenberg erhielt seinen Namen nach der nahegelegenen Stadt Herrenberg. Diese wiederum ist der größte Ort des Oberen Gäu, einer Landschaft im Herzen Württembergs, die in einem schmalen Streifen zwischen dem walddreichen Buntsandsteingebiet des Schwarzwaldes im Westen und der Keuperstufe des Albvorlandes im Osten verläuft. Ihren Untergrund bildet vorwiegend die Lettenkohle, die in weiten Flächen des Dreiecks zwischen Horb, Rottenburg und Herrenberg, dem sogenannten Korngäu, von einer fruchtbaren Lößdecke überlagert wird<sup>107</sup>.

Aufgrund der Leewirkung des Schwarzwaldes und der relativ geringen Höhenlage der Gäusiedlungen (ca. 400-500 m über Normalnull) sind die klimatischen Verhältnisse im Gäu für den Ackerbau ausgesprochen günstig. Die jährliche mittlere Niederschlagssumme beträgt 700-750 mm<sup>108</sup>.

Wie die Ortenau, die im folgenden Kapitel vorgestellt wird, liegt das Untersuchungsgebiet Herrenberg im deutschen Südwesten, der noch gegen Ende des Alten Reiches um 1800 in rund 600 größere und kleinere politische Gebilde aufgesplittert war. Die politische Entwicklung im Landkreis Böblingen (Verwaltungsraum Gäufelden), zu dem das Berichtsgebiet heute gehört, ist seit etwa 1300 durch das unaufhaltsame Vordringen der Grafen, seit 1495 Herzöge von Württemberg gekennzeichnet. Für die Gäudörfer läßt sich somit eine für die süddeutschen Verhältnisse relativ große Kontinuität bezüglich der Zugehörigkeit zu einem geschlossenen Herrschaftsbereich feststellen.

<sup>105</sup> A. Arnold, "Die Kulturlandschaft..." (1972), 6-8, 25.

<sup>106</sup> Eine detaillierte Beschreibung des Untersuchungsgebietes Herrenberg findet sich in I.E. Kloke, "Untersuchungsgebiete..." (1990), 161-172.

<sup>107</sup> Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands (1953-62), 197.

<sup>108</sup> Klima-Atlas von Baden-Württemberg (1953), 51.

## Wirtschaft und Verkehr<sup>109</sup>

Gemessen am europäischen Standard haben in Württemberg feudal- und agrargesellschaftliche Strukturen überdurchschnittlich lange, nämlich mindestens bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, überdauert. Diese Feststellung, die in der Fachliteratur nicht erst in neuerer Zeit immer wieder getroffen wird<sup>110</sup>, läßt sich zweifellos auch auf die Dörfer des Herrenberger Untersuchungsgebietes anwenden, deren Arbeits- und Lebensweise bis zum Ende des Berichtszeitraumes sehr stark bäuerlich orientiert war. Neben der wirtschaftsgeographischen Randlage des Gäugebietes mögen hierfür vor allem die für die wirtschaftliche und soziale Strukturentwicklung des Raumes tiefgreifenden Folgen des Dreißigjährigen Krieges verantwortlich gewesen sein<sup>111</sup>. In der Forschung wird darüber hinaus über den Mangel ökonomisch-technischer Fortschrittsmomente aufgrund einer möglicherweise fehlenden Stadt-Land-Dichotomie diskutiert<sup>112</sup>. Die Verhältnisse auf dem Land waren im Untersuchungsgebiet wie in weiten Teilen Altwürttembergs durch das Vorherrschen kleinbäuerlicher Betriebsgrößen gekennzeichnet. Ursache hierfür war die charakteristische Erbform der Teilung bäuerlichen Grundbesitzes (Realteilung), die sich nach dem Dreißigjährigen Krieg auch im Berichtsgebiet endgültig durchgesetzt hatte<sup>113</sup>. Einrichtungen von ebenfalls sehr langer Dauer waren die Dreifelderwirtschaft (mindestens seit dem 14. Jahrhundert bekannt) und der Flurzwang sowie die grundherrschaftliche Lehensordnung, die den Bauern noch bis ins 19. Jahrhundert hinein Abgaben und Fronen auferlegte<sup>114</sup>.

Besonders während des 18. Jahrhunderts schwächten immer wieder Kriegslasten und Krisenauswirkungen die Wirtschaftskraft der landwirtschaftlichen Betriebe. Von besonders negativer Auswirkung war der häufige Verlust an Bargeld, Vorräten und Vieh, denn gerade der profitable Handel mit letzterem war (neben dem Getreideexport) für die Bauern lange Zeit die wichtigste Form der Kapitalgewinnung. Selbst die relativ einfachen Maßnahmen zur Ertragsintensivierung, die sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts durchzusetzen begannen, wie Brachanbau<sup>115</sup>, Futterwirtschaft, Stallviehhaltung, Bodendüngung und die Einführung von Geräten für die technisch effektivere Bodenbearbeitung, waren von der finanziellen Lage der Mitglieder jeder einzelnen Gemeinde abhängig und daher von Ort zu Ort ver-

<sup>109</sup> Der folgende Text entspricht dem Unterkapitel 6.4. in I.E. Kloke, Untersuchungsgebiete... (1990), 165-166.

<sup>110</sup> E. Heitz (Die bäuerlichen Zustände... [1883], 207) bezeichnet die "Vorliebe des Württembergers für das Hergebrachte" als "Volkscharacter". W. Kaschuba und C. Lipp (Provinz und Revolution... [1979], 18) sprechen mit Blick auf das Königreich Württemberg vom "*Prototyp einer deutschen Provinzgesellschaft*".

<sup>111</sup> Dieser These von W. Kaschuba und C. Lipp (Ebda., 1979) widerspricht D.W. Sabean (Das zweischneidige Schwert... [1986], 19). Sabean meint, daß die anhaltend hohen Steuerbelastungen nach dem Krieg dafür verantwortlich waren, daß sich die bäuerliche Reproduktion nur so langsam erholte.

<sup>112</sup> W. Kaschuba und C. Lipp, Ebda., 20; D.W. Sabean, Ebda., 16.

<sup>113</sup> Vgl. u.a. C.J. Fuchs, Zeltner und Heck, "Die ländliche Vererbung... (1930), 415-495; H. Röhm, Die Vererbung... (1957), 49-50; W. von Hippel, Die Bauernbefreiung... (1977), 64-71. Nach E. Heitz ("Die bäuerlichen Zustände..." [1883], 210-211) herrschte der bäuerliche Kleinbesitz im Oberamt Herrenberg vor. Seinen Angaben zufolge waren von 5 212 "Wirtschaften" im Oberamt 1873 2 174 unter einem ha groß (das sind 42%); weitere 2 200 Besitzungen verfügten über weniger als 5 ha Land. Demnach hatten 84% aller Besitzungen eine Größe von weniger als 5 ha. 658 bäuerliche Betriebe waren unter 10 ha groß, 146 unter 20 ha; lediglich 24 Besitzungen hatten zwischen 21 und 100 ha und ein Betrieb war größer als 100 ha.

<sup>114</sup> Th. Knapp, Neue Beiträge... (1964), 73-79.

<sup>115</sup> Die Brache wurde noch bis um 1750 streng eingehalten; ihre Bestellung nahm jedoch während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stetig zu. Während des 19. Jahrhunderts dienten dabei zunehmend herrschaftliche Mustergüter als eine Art "Landentwicklungshilfe" (Niederreutin: Hofdomäne seit 1835, Sindlingen: Hofdomäne seit 1840). Vgl. W.A. Boelcke, Wirtschaftsgeschichte Baden-Württembergs... (1987), 94-214, bes. 107.

## Das Untersuchungsgebiet Herrenberg

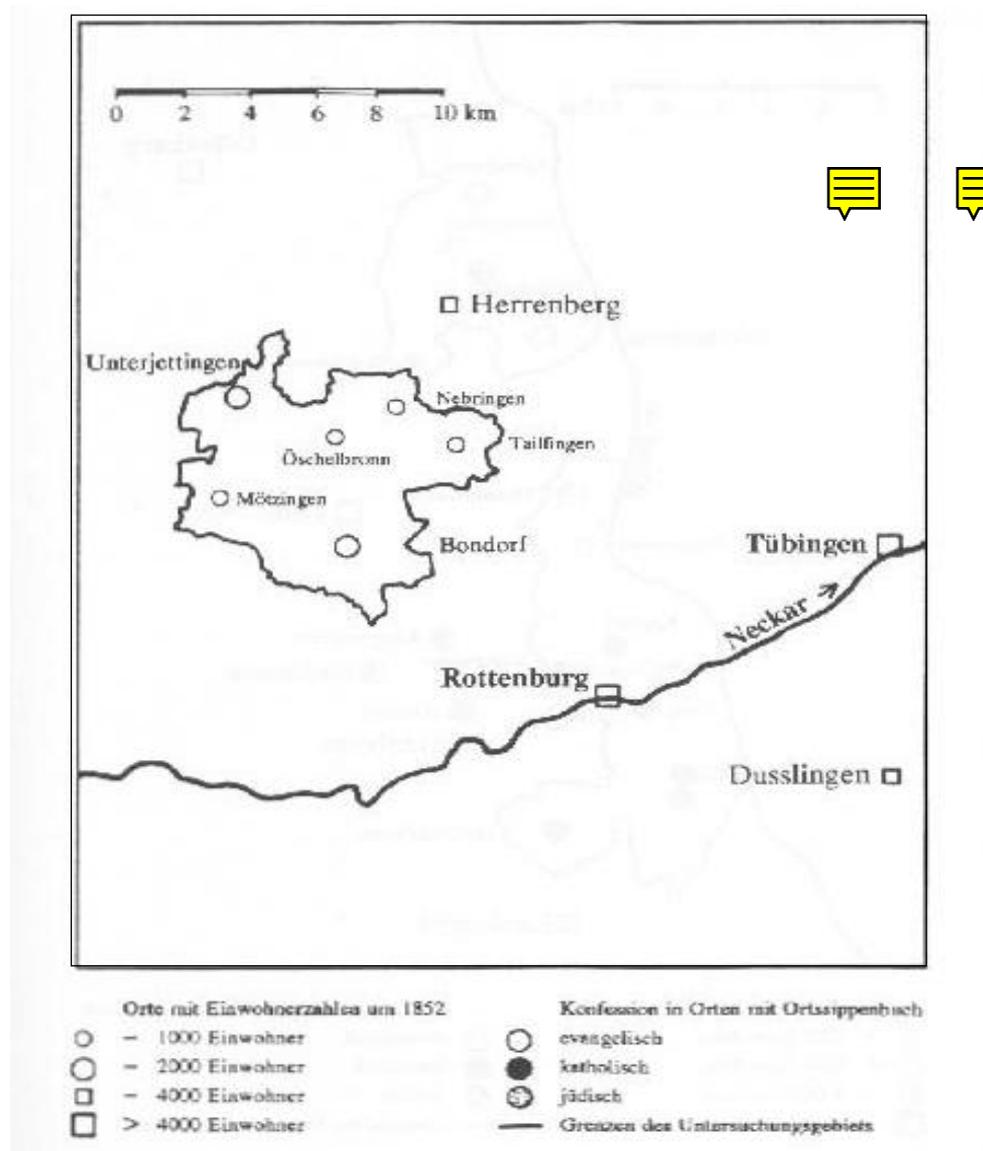


Abb.2.4.4.a. Quelle: Imhof et al. 1990, 91

schieden<sup>116</sup>. Im ganzen Untersuchungsgebiet verbreitet waren Kartoffelanbau (zunächst als Viehfutter eingeführt) und Obstzucht. Im übrigen gewann die arbeitsintensive Produktion von Handelsgewächsen (wie der Hanfanbau in Bondorf, der Rübenanbau in Jettingen und der Hopfenanbau in Tailfingen und Bondorf) im Untersuchungsgebiet erst im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegenüber dem stets die Hauptnahrungsquelle bildenden Brotgetreideanbau immer mehr an Bedeutung<sup>117</sup>. Seit dieser Zeit verdrängte der Weizen den Dinkel in einem langsamen, aber kontinuierlichen Prozeß, der sich bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts hinein fortsetzte<sup>118</sup>.

Nebenerwerbsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft gab es in den hier interessierenden Dörfern praktisch nicht<sup>119</sup>. Protoindustrielle Aktivitäten blieben in Württemberg im 18. Jahrhundert im wesentlichen auf Gebiete auf der Schwäbischen Alb und im Schwarzwald beschränkt<sup>120</sup>. Dagegen war die Produktion von handwerklichen Kleinwaren auf dem Land verbreitet. Nach Schultz und Sabean war die Handwerkerschicht in Deutschland nirgendwo so groß wie in Württemberg<sup>121</sup>. Rückständige Herstellungsverfahren, fehlende Absatzmöglichkeiten und vor allem der Zunftzwang verhinderten jedoch, daß die Produktion über den örtlichen Markt hinaus an Bedeutung gewann<sup>122</sup>.

Bis zum Bau der Gäubahn (Einweihung 1879)<sup>123</sup>, die in ihrer Hauptlinie von Stuttgart über Böblingen und Herrenberg nach Eutingen führte, waren die Verkehrsverhältnisse im Untersuchungsgebiet - wie in weiten Teilen Württembergs - äußerst ungünstig. Die Entfernung zu den Märkten, besonders aber zu den überregionalen Handelszentren, war beträchtlich, das Transport- und Verkehrssystem jedoch wenig leistungsfähig. Von den Orten des Untersuchungsgebietes lagen Nebringen und Bondorf am verkehrsgünstigsten, nämlich direkt an der Landstraße zwischen Herrenberg (Verkehrsknotenpunkt im Oberen Gäu) und Horb bzw. Rottenburg. Lediglich durch Nebenstraßen waren Tailfingen, Öschelbronn, Mötzingen und Unterjettingen mit ihren jeweiligen Nachbargemeinden verbunden.

<sup>116</sup> Die meisten Gäuorte werden als wohlhabend bezeichnet (Beschreibung des Oberamts Herrenberg [1855], 41-42). Tailfingen, Nebringen, Öschelbronn und Bondorf werden sogar zu den reichsten Orten des ganzen Landes gezählt.

<sup>117</sup> Zwischen 1862 und 1882 nahm der Zuckerrüben- und Hopfenanbau beträchtlich zu (E. Heitz, "Die bäuerlichen Zustände..." [1883], 227).

<sup>118</sup> K. Hauser (Die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse... [1939], 63) hat die Entwicklung von 1860-1934 in zwei aufschlußreichen Kurven zusammengefaßt.

<sup>119</sup> Vgl. W. v. Hippel, "Am Ende des Alten Reiches..." (1986), 203. Hippel spricht in diesem Zusammenhang von einem "Druck auf den Bodenmarkt". Eine Folge dieses Drucks seien die fortgesetzten Bodenteilungen gewesen, die das Anwachsen einer landarmen Unterschicht begünstigt hätten. Als einzige Nebenerwerbsmöglichkeiten für die Bewohner von Deckenpfronn (Gemeinde nördlich von Herrenberg) nennt G. Ernst (6000 Jahre Bauerntum... [1957], 194) die Zeugmacherei, das Strumpfwirken, Schindelmachen und die Waldarbeit.

<sup>120</sup> Details zur Calwer Zeughandelskompagnie und Uracher Leinenweberei aus staatspolitischer Sicht finden sich in W. Söll, Die staatliche Wirtschaftspolitik... (1934), 80-83.

<sup>121</sup> Vgl. dazu D.W. Sabean, Das zweischneidige Schwert... (1986), 20-21 und H. Schultz, "Landhandwerk..." (1981), 11-50. G. Leibbrandt (Die Auswanderung... [1928], 18-19) sieht in der großen Zahl der in den Landgemeinden am Rande des Existenzminimums lebenden Handwerker eine Rekrutierungsgruppe für die ersten Auswanderungswellen zu Beginn des 19. Jahrhunderts.

<sup>122</sup> W. Kaschuba und C. Lipp, Provinz und Revolution... (1979), 23.

<sup>123</sup> G. Krämer, "Verkehrsverhältnisse..." (1929), 21.

### 2.4.5. Das Untersuchungsgebiet Ortenau<sup>124</sup>

Das Untersuchungsgebiet Ortenau umfaßt die zwölf Gemeinden Altenheim, Dundenheim, Grafenhausen, Ichenheim, Kappel, Meißenheim, Nieder- und Oberhausen (als Rheinhausen geführt), Nonnenweier, Rust, Schutterzell und Wittenweier<sup>125</sup>. In erbrechtlicher Hinsicht herrschte Freiteilbarkeit vor.

In kirchlicher Hinsicht ist das Untersuchungsgebiet Ortenau gemischtkonfessionell. Vier Orte, alle im Süden des Untersuchungsgebietes gelegen, waren in der Berichtszeit rein katholisch: Herbolzheim, Rheinhausen, Kappel und Grafenhausen. Rust war ebenfalls katholisch, hatte aber in der Mitte des 19. Jahrhunderts einen ca. 10% umfassenden jüdischen Bevölkerungsanteil. In drei Orten waren die Bewohner ganz überwiegend evangelisch: Altenheim, Meißenheim und Wittenweier. Nonnenweier hatte eine seit dem 18. Jahrhundert wachsende jüdische Gemeinde, die um 1850 ca. 20% der Bevölkerung ausmachte. In drei Dörfern bekannten sich die Einwohner etwa zu gleichen Teilen entweder zum evangelischen oder zum katholischen Glauben: Ichenheim, Dundenheim, Schutterzell. Mit der Absicht, die (zunächst relativ geringe) Zahl der Eintragungen von Einwohnern jüdischen Bekenntnisses im Datensatz zu erhöhen, wurde das Untersuchungsgebiet gezielt um die Familien der jüdischen Gemeinden von Altdorf, Kippenheim, Orschweier und Schmieheim erweitert.

Der Name Ortenau bezeichnet ein Gebiet, das sich, im Westen vom Rhein und im Osten vom Schwarzwaldkamm begrenzt, über den größten Teil der mittelbadischen oder Offenburger Rheinebene und die sich daran anschließenden Schwarzwaldvorberge erstreckt<sup>126</sup>. Die zwölf Orte des Untersuchungsgebietes liegen in zwei zusammenhängenden Teilgebieten in der Tiefebene zwischen Offenburg und Kenzingen, zumeist am Rande der Niederterrasse: Altenheim, Dundenheim, Ichenheim, Meißenheim und Schutterzell nördlich von Lahr sowie Nonnenweier, Wittenweier, Kappel, Grafenhausen, Rust, Rheinhausen und Herbolzheim im wesentlichen südlich von Lahr. Auf der Niederterrasse, dem eiszeitlichen Schotterbett des Rheins, haben sich meist sandige und lehmige Ackerböden entwickelt. Im badischen Ried, etwa zwischen Kappel-Grafenhausen und Offenburg, ist die Niederterrasse durch das breite Band der Unditz-Schutter-Niederung mit Niedermoor- und Torfböden unterbrochen. Die Oberfläche der Rheinebene senkt sich im Gebiet der Ortenau bei Herbolzheim von 177 m über Normalnull bis 147 m bei Altenheim ab<sup>127</sup>. Die Ortenau war und ist ihrer Funktion nach ein Übergangsraum. Wesentlichster Faktor ihrer naturgeographischen Beschaffenheit, ihrer politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklung ist ihre Lage am Grenzfluß Rhein<sup>128</sup>.

Klimatisch ist die Ortenau durch hohe Mitteltemperaturen (9° C im Jahresdurchschnitt) und - in der Rheinebene - durch geringe, aber ausreichende Niederschläge begünstigt. Letztere steigen vom Rhein (650-700 mm im Jahr) zum Gebirgsrand (800-850 mm im Jahr) hin an<sup>129</sup>.

Politisch gibt das Untersuchungsgebiet Ortenau ein gutes Beispiel für die territoriale Zersplitterung des deutschen Südwestens in der Frühen Neuzeit. So waren die zwölf Gemeinden gegen Ende des 18. Jahrhunderts unverändert verschiedenen Herrschaftsbereichen

<sup>124</sup> Eine detaillierte Beschreibung des Untersuchungsgebietes Ortenau findet sich in I.E. Kloke, "Untersuchungsgebiete..." (1990), 173-187.

<sup>125</sup> In kirchlicher Hinsicht gehörten die Gemeinden während der Berichtszeit zu unterschiedlichen und zum Teil wechselnden Kirchspielen. Näheres Ebda., 182-187.

<sup>126</sup> Topographischer Atlas Baden-Württemberg (1979), 17.

<sup>127</sup> Badische Gemeindestatistik... (1927), 108, 110, 116, 124.

<sup>128</sup> Ch. Borchardt (Hrsg.), Geographische Landeskunde... (1983), 109-119.

<sup>129</sup> Klima-Atlas von Baden-Württemberg (1953), 11, 51.

## Das Untersuchungsgebiet Ortenau



Abb.2.4.5.a. Quelle: Imhof et al. 1990, 92

und zwar im wesentlichen den folgenden zuzuordnen: Dundenheim, Ichenheim und Schutzelzell waren baden-badensisch (Herrschaft Mahlberg), Herbolzheim und Rheinhausen unterstanden der vorderösterreichischen Landgrafschaft Breisgau, Altenheim war Bestandteil der zunächst nassau-saarbrückischen und später nassau-usingischen Herrschaft. Lahr, Kappel und Grafenhausen lagen auf dem weltlichen Gebiet des Hochstifts Straßburg (Herrschaft Ettenheim). Nonnenweier, Wittenweier und Rust gehörten - allein oder gemeinsam - bekannten Rittergeschlechtern der Ortenau (von Böcklin, von Montprison, von Berkheim, von Frankenstein), die sich in der Absicht, ihre Reichsunmittelbarkeit zu bewahren, im 15. Jahrhundert in großer Zahl zur "Reichsritterschaft Ortenau" zusammengeschlossen und zu Beginn des 16. Jahrhunderts an den schwäbischen Ritterkreis angegliedert hatten. 1771 erfolgte die Vereinigung der seit 1535 getrennten badischen Stammlande Baden-Durlach und Baden-Baden. Im Jahr 1803 genehmigte der Reichstag den Reichsdeputationshauptschluß. Alle Orte des Untersuchungsgebietes kamen im Rahmen der umfassenden territorialen Umgestaltung zu diesem Zeitpunkt, spätestens aber bei Abschluß der Rheinbundakte, zu Baden. 1803 fiel dem Markgrafen von Baden die Würde eines Kurfürsten zu. 1806 wurde Baden Großherzogtum.

### Wirtschaft und Verkehr<sup>130</sup>

Im Unterschied zu den Untersuchungsgebieten Ostfriesland und Saarland, die in bezug auf die Gesamtgröße der Gemarkungen aller sechs im Rahmen des Projekts bedeutsamen Räume die führenden Plätze einnehmen, unterscheiden sich die Bodenqualitäten und damit wirtschaftlichen Voraussetzungen innerhalb des flächenmäßig den dritten Rang einnehmenden Ortenau-Gebietes nicht grundlegend voneinander. Dennoch kann der südlich von Offenburg gelegene Teil der Ortenauer Rheinebene, in der sich - wie eingangs erwähnt - alle Orte des Untersuchungsgebietes befinden, bei genauerem Hinsehen in mindestens zwei Längszonen geteilt werden. Es sind dies die eigentliche Rheinniederung und die grundsätzlich höher gelegene und vor Überschwemmungen geschütztere Niederterrasse. Letztere hat im Süden des Untersuchungsgebietes das sogenannte "Ried" ausgebildet, ein flaches Gelände, dessen lockere Kiesböden sowie fruchtbare Lehm- und Lößflächen sich im Grad der Bodenfeuchtigkeit und hinsichtlich der Gefahr, aufgrund ihrer Lage von Überschwemmungen betroffen zu werden, von denen der Niederung (sandige Auelehme, aber auch Schlick-, Torf- und Flachmoorböden) unterscheiden. Die Haupterwerbsquellen waren hier wie dort in erster Linie der Ackerbau (vorwiegend auf der Niederterrasse) und die Viehzucht (Wiese und Weide vorwiegend in der Niederung) sowie Fischfang (im Rhein und seinen zahllosen Armen bis zur Korrektur)<sup>131</sup>. Seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert gewann der Handelsgewächsanbau immer mehr an Bedeutung.

Beim Anbau der Feldfrüchte (alle Brotgetreide, insbesondere Weizen und Gerste) war noch bis gegen 1800 die Dreifelderwirtschaft vorherrschend<sup>132</sup>. Sommerfrucht, Winterfrucht und Brache wechselten einander regelmäßig ab. Den Übergang zu einer ersten Intensivierung bildeten das Aufkommen des Klee- und Kartoffelanbaus und die Auflockerung der starren Dreifelderwirtschaft durch den zunehmenden Zwischenfruchtanbau. Um die Wende zum 19. Jahrhundert wurden eine Zeitlang Sonderkulturen wie Zichorie<sup>133</sup> und Hopfen angebaut.

<sup>130</sup> Der folgende Text entspricht dem Unterkapitel 7.4. in I.E. Kloke, "Untersuchungsgebiete..." (1990), 178-181.

<sup>131</sup> Vgl. zu diesem Themenkomplex M. Walter, "Die naturräumlichen Verhältnisse..." (1929), 9-23; R. Metz, "Bau und Bild..." (1960), bes. 42-46; Das Land Baden-Württemberg... (1982), Bd.6, 256-267; Ch. Borchardt (Hrsg.), Geographische Landeskunde... (1983), 110-113.

<sup>132</sup> H. Baier, "Wirtschaftsgeschichte..." (1929), 245.

<sup>133</sup> Die Wurzel der Wurzelzichorie (Gattung der Korbblütler) diente, geröstet, als Kaffee-Ersatz für den teuren Importkaffee.

Als die landwirtschaftliche Entwicklung in den Rieddörfern grundlegend verändernd erwies sich jedoch erst die Einführung des Tabakanbaus. Im größeren, organisierten Rahmen betrieb man Tabakanbau im Ried ab etwa 1820. Die Anhebung der Qualität<sup>134</sup> bewirkte einen steigenden Verkaufserlös, der zu einer beträchtlichen Zunahme der Anbaufläche führte (Orte mit hohen Durchschnittserträgen waren u.a. Ichenheim, Kappel und Grafenhausen)<sup>135</sup>.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte der Tabak dank seiner Rentabilität auch den Hanfanbau zurückgedrängt<sup>136</sup>, der im ganzen Untersuchungsgebiet während der Berichtszeit verbreitet war. Während der Handel mit Spinn- und Brechhanf bis heute für die Landwirte durchaus über den lokalen Markt hinaus von Bedeutung ist, war der Absatz der Leineweber auf den heimischen Konsum beschränkt geblieben. Hervorzuheben ist die Qualität des Hanfes, der im 18. und 19. Jahrhundert südlich der Linie Kappel-Grafenhausen angebaut wurde<sup>137</sup>. Vornehmlich in Herbolzheim, in begrenztem Umfang aber auch in Rheinhausen und Rust, entwickelten sich im Verlauf der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Ansätze zu einer fabrikmäßig oder in Heimarbeit organisierten Verarbeitung des in der Umgegend angebauten Hanfes für den Export<sup>138</sup>. Eine für badische Verhältnisse relativ frühe industrielle Entwicklung nahm auch das Lahrer Gebiet<sup>139</sup>. So regten die Gebrüder Lotzeck den Tabakanbau im Ried an, um das für ihre 1774 gegründete Schnupftabakfabrik erforderliche Rohmaterial unter Einsparung der Transportkosten kaufen zu können<sup>140</sup>.

Die starke Viehhaltung (Rinder und Schweine für den Export ins Elsaß und ins Hanauer Land, Pferdezucht im Lahrer Ried, Schafzucht in Rust) erforderte, besonders bei mangelnden Wiesenflächen, die Stallfütterung und den gezielten, während des 19. Jahrhunderts im stetigen Wachsen begriffenen Anbau von Futterpflanzen. Verbreitet waren verschiedene Kleearten, Wurzelgewächse und Futtermais. Die Gemeinde Schutterzell verfügte über besonders große Anteile an Wiesen innerhalb ihres Gemarkungsgrundes (1925: 44%), die Gemeinde Meißenheim dagegen über einen auffällig geringen Anteil von 3%.<sup>141</sup>

Aufgrund der im gesamten Untersuchungsgebiet verbreiteten Realteilung und infolgedessen weit verbreiteten Parzellierung verfügte die bei weitem größte Zahl der bäuerlichen Betriebe über Besitz von unter 5 ha Größe. In Ichenheim etwa<sup>142</sup> verteilten sich die für das Jahr 1882 angegebenen 320 Haushaltungen auf 156 rein landwirtschaftliche Betriebe, 64 "Kleingütler und Tagelöhner" und 100 mit Gewerbe und Handelstätigkeit verbundene Betriebe<sup>143</sup>. Von den 156 rein bäuerlichen Besitzungen entfielen 15 auf größere Betriebe mit 10 ha und darüber, 40 auf Bauerngüter von 5-10 ha und 101 auf Haushaltungen mit Anbauflächen von 2 bis 5 ha Größe. Wem weniger als 2 ha Grund zur Verfügung standen, und dies betraf nach den oben genannten Zahlen 20% aller

<sup>134</sup> Das ist eine Notwendigkeit, die z.B. A.J.V. Heunisch, Das Großherzogtum Baden... (1857), 332-333 noch sehr betont.

<sup>135</sup> H. Baier, "Wirtschaftsgeschichte..." (1929), 251.

<sup>136</sup> Im Durchschnitt der Jahre 1856-1861 war der Marktwert der Erzeugnisse des auf im gesamten Großherzogtum auf 22 824 Morgen angebauten Hanfs bereits deutlich niedriger als der Wert des auf einer kleineren Anbaufläche (19 552 Morgen) gewonnenen Tabaks. Vgl. dazu R. Dietz, Die Gewerbe... (1863), 15.

<sup>137</sup> Vogelmann (Der Hanfanbau... [1840], 13-16) hebt ausdrücklich die Orte Kappel, Rust und Kenzingen hervor.

<sup>138</sup> J. Bader und Fickler ("Topographie und Geschichte" [(1857), 691) erwähnen in diesem Zusammenhang eine Leinwandfabrik in Herbolzheim, die um 1850 bereits 50 Personen beschäftigte.

<sup>139</sup> W. Kaiser, "Die Anfänge..." (1933), 630-631 und H.P. Müller, Das Großherzogtum Baden... (1984), 32-44.

<sup>140</sup> H. Baier, "Wirtschaftsgeschichte..." (1929), 251.

<sup>141</sup> Badische Gemeindestatistik... (1927), 116.

<sup>142</sup> Vgl. Magenau, Bericht... (1883), 6-7.

<sup>143</sup> Vgl. dazu E. Schremmer, ("Zu wenig städtisches..." [1987], 316-329) über die frühe Territorialisierung und hohe Dichte des ländlichen Handwerks in Baden.

Haushaltungen, war auf Nebenverdienste (fast ausschließlich in der Landwirtschaft) angewiesen. Die meisten Bemühungen um den Neuerwerb von Land gab es bei den Besitzern von 2 bis 5 ha. Knapp 20% der landwirtschaftlichen Nutzfläche wurde in Ichenheim von der Gemeinde, ca. 10% von Privatpersonen (Landwirte, Gewerbetreibende) als Pachtland vergeben. Insgesamt ca. 10% der Gesamtmarkung waren Gemeinschaftseigentum und als solches bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes gegen Entrichtung einer Grundsteuer an alle Berechtigten in der Gemeinde aufgeteilt<sup>144</sup>.

Zeitweise wurde in den Rheinorten des Rieds Goldwäscherei betrieben<sup>145</sup>. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam dieser Erwerbszweig zum Erliegen, denn die Rheinkorrektion erschwerte die Goldgewinnung beträchtlich. Eine weitere in allen Rheinorten des Untersuchungsgebietes seit dem Mittelalter betriebene Erwerbsart war die Fischerei im Rhein und in seinen Nebenflüssen. Sie spielte im 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, besonders in den rheinnahen Gemeinden (Altenheim, Meißenheim, Nonnenweier, Wittenweier, Rheinhausen und Kappel), als Nebenerwerb eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung, verlor aber im 19. Jahrhundert immer mehr an Bedeutung. Um die Interessen ihres Berufsstandes zu wahren, schlossen sich die Fischer zusammen und bildeten Zünfte. Für Nonnenweier läßt sich ein Zusammenschluß für das Jahr 1609 nachweisen<sup>146</sup>. Vor allem in Ichenheim, Meißenheim, Grafenhausen und Kappel, aber auch in Rheinhausen und Herbolzheim existierte daneben ein reger Holzhandel.

Auf die dörfliche Struktur ausgerichtete handwerkliche Berufe wie Weber, Bäcker, Metzger, Wagner, Korbmacher, Küfer, Dreher, Huf- und Wagenschmiede, Schneider, Maurer, Sattler, Schreiner, Schlosser und Müller gab es in jedem Dorf, im Vergleich mit den anderen Untersuchungsgebieten sogar in überdurchschnittlicher Dichte. Die jüdischen Einwohner im Untersuchungsgebiet trieben in erster Linie Viehhandel oder hausierten mit Kram-, Kurz- und Ellenwaren. Es gab auch Inhaber von Gastwirtschaften, Läden oder Fabrikationsstätten unter ihnen. Bis zur völligen bürgerlichen Gleichstellung der Juden in Baden im Jahre 1862<sup>147</sup> und der damit verbundenen Gewerbefreiheit erstreckte sich ihre Handelstätigkeit über ein mit der jeweiligen Gebiets Herrschaft abgesprochenes Gebiet<sup>148</sup>. Nach der Niederlassungsfreiheit setzte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter der jüdischen Bevölkerung eine regelrechte Landflucht ein. Die relativ rasche Verstädterung bewirkte bis zum Ende des Jahrhunderts in den Dörfern ein rapides Absinken der jüdischen Einwohnerzahlen<sup>149</sup>.

Als Transportweg kam dem Rhein die größte Bedeutung zu, insbesondere nach der Begründung (seit 1817), der Regelung der Schifffahrtsverhältnisse (1815, 1831 und 1868) und dem Beitritt zum Zollverein (1835). In den 1840er Jahren entstand die Eisenbahnlinie von

<sup>144</sup> Magenau, Bericht... (1883), 2, 10.

<sup>145</sup> J. Bader und Fickler, ("Topographie und Geschichte" [1857], 731) erwähnen in diesem Zusammenhang beispielsweise Nonnenweier.

<sup>146</sup> G. Wunder, Das Straßburger Landgericht... (1967), 73.

<sup>147</sup> Die ersten einheitlichen Regelungen der Rechtsverhältnisse für Juden in den verschiedenen südbadischen Hoheitsgebieten traten im Verlauf des 18. Jahrhunderts in Kraft (u.a. B. Rosenthal, Heimatgeschichte... [1927], 186-196). Für die Frage nach dem Einfluß französischer Regierungsmaßnahmen auf die Rechtsstellung der Juden zu Beginn des 19. Jahrhunderts und den Fortgang der emanzipatorischen Entwicklung in ihren einzelnen Phasen nach dem Reichsdeputationshauptschluß vgl. R. Rürup, "Die Emanzipation..." [1973], 1-21 und F. Wiesemann (Hrsg.), Zur Geschichte... (1985), 73-89. A. Goldstein, Determinants of change... (1984), 1-88 fragt aus historisch-demographischer Sicht konkret nach den Lebensverhältnissen der Juden in Altdorf. Die Autorin erstellt und interpretiert aufgrund von Ortschaftsbuchdaten u.a. Geburts-, Heirats- und Sterberaten sowie "marriage patterns" und Migrationsbewegungen.

<sup>148</sup> E. Labsch-Benz, "Die jüdische Gemeinde Nonnenweier..." (1980), 257, 271.

<sup>149</sup> G. Taddey, "Juden im deutschen Südwesten..." (1986), 188-200.

Heidelberg über Karlsruhe, Rastatt, Offenburg, Freiburg und Basel. Der Anschluß an Lahr kam erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zustande<sup>150</sup>.

#### 2.4.6. Das Untersuchungsgebiet Saarland<sup>151</sup>

Das Untersuchungsgebiet Saarland umfaßt insgesamt neun Kirchspiele und 27 Filialorte in vier Teilgebieten:

1. Teilgebiet: Ludweiler, Großrosseln, Lauterbach, Emmersweiler, St. Nikolaus, Naßweiler und Karlsbrunn
2. Teilgebiet: Geislautern, Klarenthal-Krughütte, Gersweiler, Landsweiler-Reden und Hangard
3. Teilgebiet: Die Gemeinden des evangelischen, nach Kölln (heute Köllerbach) eingepfarrten Köllertales: Elm, Engelfangen, Etzenhofen, Günchenbach, Herchenbach, Hilschbach, Kölln, Niedersalbach, Rittenhofen, Sellerbach, Sprengen, Überhofen, Walpershofen
4. Teilgebiet: Remmesweiler, Niederlinxweiler, Wolfersweiler und Freisen

Das Untersuchungsgebiet Saarland gehört zum landschaftlichen Großraum Saar-Nahe-Bergland. Die größte Anzahl von zusammenhängenden Kirchspielen befindet sich westlich der Saar. Hier, im äußersten Südwesten des heutigen Saarlandes, im und am Rande des Warndtwaldes (Höhenschichten: 200-300 m)<sup>152</sup>, liegen auf hügeligem Buntsandsteingebiet die Dörfer des 1. Teilgebietes. Die Ortschaften Geislautern, Klarenthal-Krughütte und Gersweiler (Höhenschichten: 200-300 m, stellenweise 300-400 m) sind auf kohleführenden Schichten des Oberkarbon entstanden (Geislautener Sprung/Klarenthaler Sattel) und lassen sich aus diesem Grund - trotz der Entfernung - sinnvoll nur mit den im Untersuchungsgebiet separat gelegenen Gemeinden Landsweiler-Reden und Hangard (Höhen: 300-400 m) in Verbindung bringen (2. Teilgebiet). Als Bergarbeitersiedlungen hatten sie, besonders im Verlauf des 19. Jahrhunderts, zunehmend Anteil an den immer stärker industriell genutzten Kohlevorkommen entlang des Saartales und in der Gebirgslandschaft nordöstlich der Saar (Saar-Nahe-Berg- und Hügelland). Am westlichen Rand der Hauptregion des Saarreviers liegen die Gemeinden des Köllertals (3. Teilgebiet: Höhen bis 300 m). Die genannten Orte liegen ohne Ausnahme südlich von Heusweiler, dort, wo das Tal des Köllerbaches zahlreiche offene, unbewaldete Flächen mit vergleichsweise guten Böden aufweist<sup>153</sup>. Die Gemeinden des 4. Teilgebietes weisen durchweg ländliche Struktur auf. Remmesweiler und Niederlinxweiler liegen 300 bis über 400 m hoch, Wolfersweiler und Freisen 400 bis über 500 m. Die beiden zuletzt genannten Gemeinden liegen bereits im Oberen Nahe-Bergland.

In erbrechtlicher Hinsicht herrschte im Untersuchungsgebiet die Form der Freiteilbarkeit vor. Die kirchlichen Verhältnisse im Untersuchungsgebiet waren ebenso vielschichtig wie die territorialen. So gab es Orte, die aufgrund ihrer beschriebenen Geschichte noch im 19. Jahrhundert nahezu rein katholisch waren: Lauterbach, Großrosseln, Emmersweiler, St. Nikolaus und Freisen. Durch die Einführung der Reformation in der Grafschaft Ottweiler im Jahre 1574 wurden die Gemeinden Remmesweiler und Niederlinxweiler evangelisch. In

<sup>150</sup> Topographischer Atlas Baden-Württemberg (1979), 24-25.

<sup>151</sup> Eine detaillierte Beschreibung des Untersuchungsgebietes Saarland findet sich in I.E. Kloke, "Untersuchungsgebiete..." (1990), 141-159.

<sup>152</sup> Quelle: Saaratlas... (1934), Tafel 2.

<sup>153</sup> Ch. Jentsch, "Zersiedelte Landschaft..." (1974), 145.

## Das Untersuchungsgebiet Saarland

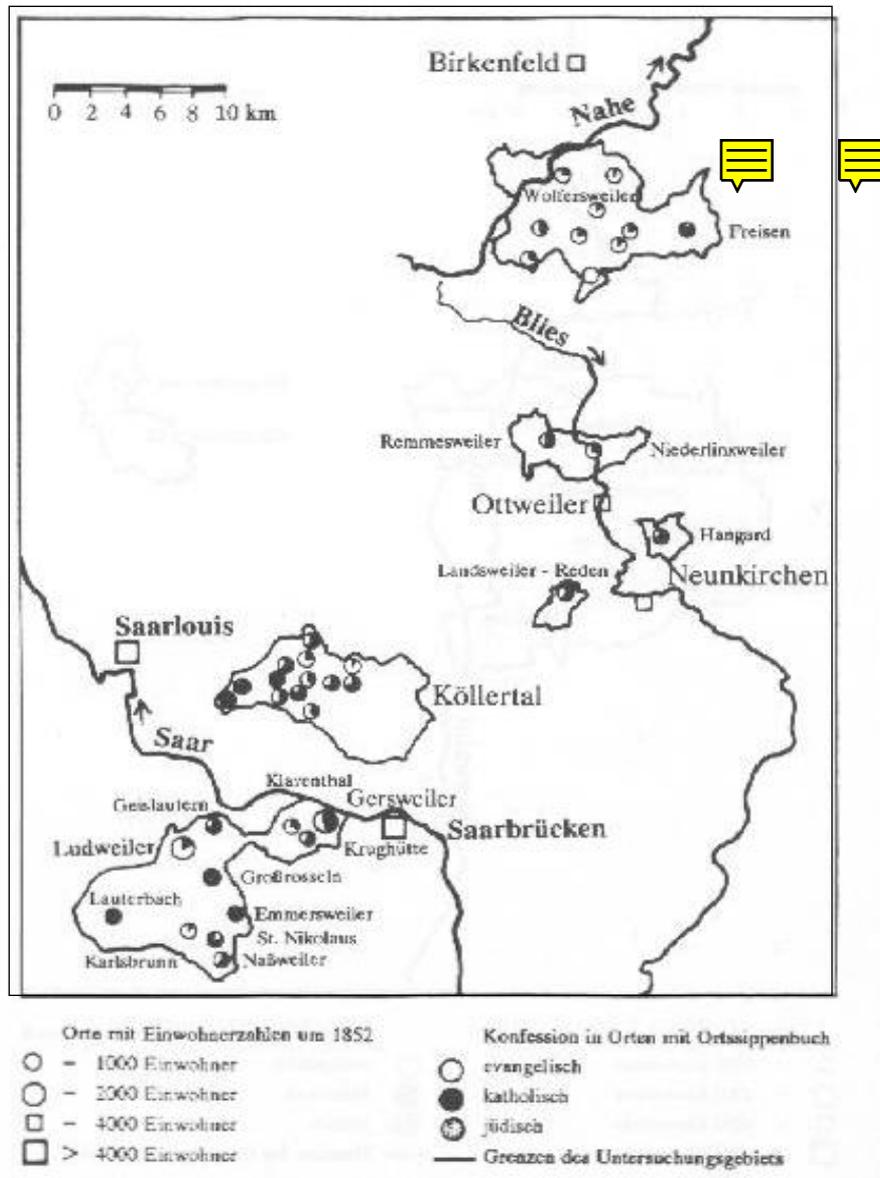


Abb.2.4.6.a. Quelle: Imhof et al. 1990, 90

Niederlinxweiler war daraufhin der Anteil der Katholiken während der Berichtszeit gering, in Remmesweiler dagegen stets etwa so hoch wie der der Protestanten. Viele der nassau-saarbrückischen Neugründungen, die im Zuge der Besiedlungspolitik im 18. Jahrhundert entstanden waren, erhielten von Anfang an die Zusicherung der freien Religionsausübung. Je nachdem, welcher Konfession die Einwanderer in ihrer Mehrzahl angehörten, waren die Orte im folgenden überwiegend katholisch (wie Lauterbach, Großrosseln, St. Nikolaus, Naßweiler, Geislautern und Landsweiler) oder evangelisch (Klarenthal, Karlsbrunn und Gersweiler, ohne Ottenhausen). Das reformierte Ludweiler war nach dem Dreißigjährigen Krieg von Hugenotten wiederaufgebaut worden. Emmersweiler kam erst 1768 vom katholischen Frankreich durch Tausch an Nassau-Saarbrücken, und Hangard wurde während der Reunionszeit vom französischen König als Ansiedlung initiiert. Die überwiegende Zahl von Katholiken in diesen Orten läßt sich daher leicht erklären. Auch der hohe Anteil an Katholiken in Landsweiler (zu Schiffweiler gehörig) und Geislautern hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß es sich bei diesen Orten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts um Grenzdörfer zu Frankreich handelte. Im pfalz-zweibrückischen Wolfersweiler war die Reformation calvinistischer Richtung bereits zu Beginn des 16. Jahrhunderts eingeführt worden. Lutherische und katholische Geistliche wurden im Land bis zum Ende des 17. Jahrhunderts nicht eingestellt. Die Wiedererrichtung der katholischen Pfarrei erfolgte im Jahre 1720. Noch gegen Ende des Berichtszeitraumes stellten die Protestanten in Nohfelden, Walhausen, Mosberg, Eitzweiler, Asweiler und Deckenhardt die Mehrheit. Lediglich in Hirstein und Gimbweiler gab es nur sehr wenige Katholiken.

Das Untersuchungsgebiet spiegelt in seiner räumlichen Zersplitterung die Vielfalt und Wechselhaftigkeit der politischen und territorialen Entwicklung der Saarregion. Die meisten Ortschaften des Untersuchungsgebietes gehörten seit ihrer Erst- oder Neugründung zur Grafschaft Nassau-Saarbrücken. Lediglich das nördliche Teilgebiet um Wolfersweiler und Freisen ist davon ausgenommen. Wolfersweiler gehörte mitsamt seinen Filialen schon im Mittelalter zum Territorium der Pfalzgrafen von Zweibrücken. Freisen war lothringisch.

Alle Dörfer des Beobachtungsraumes wurden durch Kriegszüge, Plünderungen, Pestepidemien und Hungersnöte schwer verwüstet, viele, besonders die südlichen, vollständig zerstört und auf Jahrzehnte unbewohnbar gemacht. Nur zögernd begann in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die von der jeweiligen Landesherrschaft vorangetriebene Dorf- und Bannrenovierung. Ende des 17. Jahrhunderts wiederaufgebaut wurden: Emmersweiler, Großrosseln, Gersweiler, Geislautern, St. Nikolaus, Ludweiler, Naßweiler, Remmesweiler, Niederlinxweiler, Wolfersweiler und Freisen. Alle anderen Orte des Untersuchungsgebietes sind Neugründungen des späten 17. oder frühen 18. Jahrhunderts.

Einen weiteren tiefen Einschnitt erfuhr die Geschichte des Untersuchungsgebietes mit der Französischen Revolution. Spätestens 1798 standen alle Gemeinden unter französischer Herrschaft. Durch den 2. Pariser Frieden fiel die Grafschaft Saarbrücken im Jahre 1815 an Preußen (Bildung der Rheinprovinz 1822) und wurde vom Regierungsbezirk Trier verwaltet. Remmesweiler, Niederlinxweiler und Freisen kamen 1815 zunächst zum Herrschaftshaus Sachsen-Coburg-Gotha (ab 1819 Fürstentum Lichtenberg genannt) und erst 1834 durch Verkauf an Preußen. Wolfersweiler gehörte von 1816 bis 1937 zu dem aus preußischen Landesteilen errichteten Fürstentum Birkenfeld (Großherzogtum Oldenburg).

## Wirtschaft und Verkehr<sup>154</sup>

Für die Beschreibung der ökonomischen Verhältnisse ist es sinnvoll, noch einmal auf die zu Beginn der Ausführungen angesprochene Vierteilung des gesamten Untersuchungsgebietes zurückzukommen. Diese wurde sowohl unter Berücksichtigung naturräumlicher Gegebenheiten als auch unter Einbeziehung industrieller Entwicklungsformen vorgenommen. Gerade letztere waren in den als natürliche und wirtschaftliche Einheiten anzusehenden Gebieten Warndt und Köllertal von ebenso unterschiedlichen Faktoren abhängig wie in den zu wirtschaftlichen Einheiten gefügten Gemeinden. Letztere befinden sich entweder auf den kohleführenden Saarbrücker und Ottweiler Schichten (Geislautern, Klarenthal-Krughütte, Gersweiler, Landsweiler-Reden und Hangard) oder - nördlich davon - in dem bis Nohfelden gebirgiger werdenden Hügelland an der oberen Blies und der Nahe. Noch bis zum Ende des Berichtszeitraumes war die gesamte Saarregion agrarisch geprägt und die Landwirtschaft demnach bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in allen Teilräumen des Untersuchungsgebietes die wichtigste Erwerbsquelle. Dabei gehörte in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts der weitaus größte Teil der Dorfbewohner zu den Gemeindeleuten. Die Zahl der Hintersassen, die ein Haus und etwas Gartenland, aber keine Wiesen und Felder besaßen, war zu dieser Zeit noch gering. Als stärker differenziert zeigte sich die dörfliche Besitz- und Sozialstruktur bereits gegen Ende des Jahrhunderts und damit sehr bald nach der endgültigen Durchsetzung der im ganzen Untersuchungsgebiet vorherrschenden Realteilung. Aus Vollbauern wurden in großer Zahl Nebenerwerbsbauern. Zu frühen Industrialisierungsansätzen kam es deshalb vor allem dort, wo die Qualität der Ackerböden schlecht, der Grad der Besitzersplitterung fortgeschritten und die Ausstattung mit Bodenschätzen bzw. Rohstoffen vielversprechend war.

In den Warndtgemeinden Ludweiler, Großrosseln, Emmersweiler, Lauterbach, St. Nikolaus, Karlsbrunn und Naßweiler traf zumindest ersteres und letzteres zu. Die durchweg mindere Qualität der Böden auf Buntsandstein verhinderte von vornherein, daß die Bewohner der häufig erst nach dem Dreißigjährigen Krieg gegründeten oder nach völliger Zerstörung wiedererrichteten Gemeinden<sup>155</sup> ihr Auskommen allein in der Land- und Viehwirtschaft fanden. Weite Teile ihrer Gemarkungen waren mit Wäldern bedeckt, die sich allerdings zur Weide (insbesondere zur Schweinemast) anboten. Die dem Wald nach einer genauen Arbeitsmethodik<sup>156</sup> zumeist in Gemeinschaftsarbeit abgerungenen Äcker wurden häufig noch bis über die Wende zum 19. Jahrhundert hinaus in Dreifelderwirtschaft bearbeitet<sup>157</sup>. Nebentätigkeiten fanden sich für die Männer als Köhler oder Holzhauer. Das Vorhandensein von Sand, Holz, Kalk und Wasser begünstigte das Bereiten von Pottasche und die Errichtung von Glashütten. Während so etwa Ludweiler (1604) und Naßweiler (1608) bereits zu Beginn des 17. Jahrhunderts von Glasmachern gegründet worden waren<sup>158</sup>, entstanden die von der herrschaftlichen Merkantilpolitik geförderten Manufakturen in Klarenthal (1662), Lauterbach (1707), Karlsbrunn (1718) und Gersweiler (1775) im 18. Jahrhundert. Lex bezieht sich auf die Gemeinde Klarenthal, wenn er in seiner Beschreibung der Dörfer des Oberamts Saarbrücken (1756) schreibt: *"Das Land Träget wegen Mangels Wießenwachses und daher kommanden Dungen, die zur Nahrung nöthigen Früchte nicht und müssen dahero*

<sup>154</sup> Der folgende Text entspricht dem Unterkapitel 5.4. in I.E. Kloke, "Untersuchungsgebiete..." (1990), 146-150.

<sup>155</sup> Die älteren Orte liegen bezeichnenderweise am Rande des Waldes (St. Nikolaus, Großrosseln, Emmersweiler).

<sup>156</sup> Vgl. hierzu die Beschreibung von den "Rotthecken" und dem "Trieschland" als Rodungs- und Bebauungsarten bei H. Horch (Der Wandel... [1985], 36) auf der Grundlage von J. Collet (Das Wirtschaftsleben... [1930], 4).

<sup>157</sup> Eine Flureinteilung gab es im Warndt bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nicht (J. Collet, Ebda., 6).

<sup>158</sup> Da die Glasmacher aus eigener Kraft die Mittel für den Bau einer Glashütte in der Regel nicht aufbringen konnten, schlossen sie sich zu Genossenschaften von zwei bis zehn, zumindest zu Beginn gleichberechtigten Teilhabern zusammen. Vgl. dazu H. Horch, Der Wandel... (1985), 43-45.

die Einwohnern ihre Zuflucht zum Fuhr- und Handverdienst nehmen"<sup>159</sup>. Die Glashütte, deren Produktion wie die der meisten anderen Hütten zwischen 1721 (Gründung der ersten mit Steinkohle arbeitenden Hütte in Fischbach nördlich der Saar) und 1790 eingestellt worden war, erwähnt der Verfasser mit keinem Wort. Statt dessen rückt er die wichtigsten Möglichkeiten zum Broterwerb gegen Ende des 18. Jahrhunderts ins Blickfeld: die Arbeit in den Steinkohlengruben von Gersweiler und Geislautern sowie den Transport der Gruben- und Hüttenproduktion mit Pferde- oder Ochsenfuhrwerken über Land (vorwiegend nach Lothringen) oder an die Saar, von wo aus sie bei günstigem Wasserstand verschifft werden konnte.

Überhaupt sind die am Rande des Warndts gelegenen Ortschaften Geislautern, Gersweiler und Klarenthal-Krughütte in wirtschaftlicher Hinsicht deutlich von dem übrigen Gebiet südlich der Saar zu unterscheiden. Obwohl auch sie sich, wie die Gemeinden Landsweiler und Hangard, bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts noch vornehmlich von der Landwirtschaft ernährten, gerieten die größtenteils auf produktivem Karbon gelegenen Gemeinden, insbesondere seit der Übernahme der Region durch Preußen, sehr bald in den Sog der frühindustriellen Entwicklung. Gerade die Grube Geislautern hat für die Bevölkerung des Warndts in dieser Phase einige Bedeutung erlangt. Die ersten Steinkohlen in der Gegend von Geislautern sind im 16. Jahrhundert gefunden worden. Eine eigentliche Kohlegewinnung hat es aber im 17. Jahrhundert noch nicht gegeben. Private Kohlengräber, die eine Konzession zum Schürfen nach Steinkohlen hatten, konnten gegen Entrichtung bestimmter Abgaben an den Landesherrn dieselbe nach Belieben abbauen. Bei dem großen Holzreichtum des Warndts dauerte es lange, bis sich die Benutzung der Kohle als Brenn- und Heizmaterial durchsetzte. Man verwendete sie meist zum Kalkbrennen. Dies änderte sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts aufgrund einer verschärften Waldordnung und wegen des umfangreichen Holzexports nach Holland. 1751 wurde der Kohleabbau ein Regal des Landesherrn und 1775 befand er sich vollständig in unmittelbarer landesherrlicher Regie<sup>160</sup>, während Eisen- und Glasindustrie in privater Hand blieben, - ein Umstand, den nicht nur Laufer<sup>161</sup> als entscheidend für die spätere Entwicklung der gesamten Saarregion ansieht. Die Kohleförderung wurde unter die Leitung und Aufsicht von Beamten gestellt. 1769 wurde für die Bergleute eine "Brüderbüchse" (Grundstock zur Saarknappschaft) ins Leben gerufen. Während im Verlauf der Französischen Revolution alle Gruben des Saarkohlenbeckens als Staatsdomäne an Privatpersonen verpachtet wurden, behielt die französische Regierung die Grube Geislautern in Eigenbesitz. Gegen Ende des Berichtszeitraumes ging die Förderung jedoch bald deutlich zurück. Wie wichtig Geislautern besonders für die Nebenverdienstsuchenden von Ludweiler und Großrosseln<sup>162</sup> war, geht auch daraus hervor, daß bis nach 1870 eine der ältesten Eisenhütten des Saargebietes bestand<sup>163</sup>. Die Belegschaften wuchsen schnell. So arbeiteten z.B. in der Grube Gersweiler nach Büch<sup>164</sup> 1773 noch nicht mehr als 14 Arbeiter, 1835 waren es dagegen 165 und 1850 bereits 261. Eine besonders expansive Entwicklung nahmen, bereits zwischen 1800 und 1850, Gers-

<sup>159</sup> Zitiert nach: Heimatbuch der Gemeinde Klarenthal... (1962), 33.

<sup>160</sup> J. Collet, Das Wirtschaftsleben... (1930), 45.

<sup>161</sup> W. Laufer, "Eine Region in Bewegung..." (1987), 21.

<sup>162</sup> Beide Orte rechnet K. Hoppstädter ("Neuzeit" [1978], 113) interessanterweise neben Gersweiler und Landsweiler-Reden ebenfalls zum "eigentlichen Bergbau- und Industriegebiet". In den Gemeinden, die zu dieser Kategorie gehören, wird nach Ansicht des Autors der Einfluß der industriellen Entwicklung zwischen 1800 und 1950 besonders deutlich.

<sup>163</sup> Eine Eisenschmelze existierte in Geislautern bereits um 1590 (A.v. Brandt, Zur sozialen Entwicklung... [1904], 1). 1730, in der ersten Aufbauperiode, wurde eine neue Hütte gegründet, die noch in den 1750er Jahren um einen neuen Hochofen, ein Walzwerk, einen Hammer und eine Nagelschmiede erweitert wurde.

<sup>164</sup> C. Büch, Alte Wirtschaftsbetriebe.... [ca. 1968], 12, 18.

weiler und Landsweiler (letzteres mit der 1847 gegründeten Kolonie Reden<sup>165</sup>) in der heutigen Kernregion des saarländischen Industriegebietes<sup>166</sup>. Hangards Entwicklung verlief etwas zögerlicher, was zweifellos in engem Zusammenhang mit den vergleichsweise guten landwirtschaftlichen Verhältnissen im Neunkirchener Raum zu sehen ist.

Die Dörfer des mittleren und unteren Köllertales zu beiden Seiten des Köllerbachs liegen zum Teil im Buntsandstein, zum Teil im unproduktiven Karbon. Im Südosten haben sie Anteil am Waldland des Kohlengebirges. In den Randgebieten des Köllertales wurde deshalb auch bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts "in Saisonarbeit"<sup>167</sup> nach Kohle gegraben. Rug<sup>168</sup> erwähnt besonders die Gruben von Rittenhofen. Die Produktion stagnierte bis zum Jahrhundertende. Grundsätzlich blieb die aufgrund ihrer Böden fruchtbarste Teilregion während des gesamten Untersuchungszeitraumes weitgehend landwirtschaftlich orientiert. Erst gegen Ende des Berichtszeitraumes zog es, besonders aus den am östlichen Rand gelegenen Ortschaften Hilschbach, Güchenbach und Walpershofen, immer mehr Arbeitssuchende in die nahen Gruben von Dilsburg und Von der Heydt<sup>169</sup>. Von großer Bedeutung war die Viehwirtschaft im Köllertal. Collet<sup>170</sup> hebt die Qualität der hier gezüchteten Pferde hervor, Rug<sup>171</sup> betont den Umfang der herrschaftlichen und privaten Schafhaltung.

In der Gegend um Niederlinxweiler und Remmesweiler am oberen Bliestal war der Versuch einer eigenen Industrialisierung gescheitert. Nur im 17. und 18. Jahrhundert gab es vereinzelt Steinkohlen- und Eisenerzabbau. Die Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Nutzung (Rotliegendes und Buntsandstein) waren bei sachgemäßer Düngung (die Regierung propagierte u.a. die Kalkdüngung) in diesen Ortschaften günstiger als im Warndt, aber meist ungünstiger als im Köllertal. Auf den verstreut auf verschiedenen Fluren und Gewannen liegenden Parzellen der Höfe war die Arbeitsweise der Gemeinden im Kreis St. Wendel, besonders in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, noch verhältnismäßig stark kollektivwirtschaftlich organisiert<sup>172</sup>. Seit 1758 begann dann die - allerdings nur schrittweise in Gang kommende - Aufteilung des Gemeindelandes unter die vollberechtigten Gemeindeleute. 1764 wurde die Teilung der Vogteien unter die Erben offiziell im gesamten Untersuchungsgebiet erlaubt, nachdem sie 1755 zuerst im Köllertal gestattet worden war<sup>173</sup>. Die Vermehrung der Bauerngüter förderte die Intensivierung der

<sup>165</sup> Probleme mit der Unterbringung der Bergarbeiter verstärkten sich in den 1830er Jahren. Besonders der rasche Anstieg der Bevölkerungszahlen im Kern des Industriereviers machte die planmäßige Anlage von Kolonien in Grubennähe nötig. Vgl. dazu W. Laufer, "Eine Region in Bewegung..." (1987), 24.

<sup>166</sup> Sie umfaßt nach H. Horch (Der Wandel... [1985], 31) das Saartal zwischen Brebach und Dillingen, die rechts der Saar gelegenen Täler des Scheidterbachs, des Sulzbachs und des Fischbachs und die nordöstlich dieser Täler gelegenen Gemeinden Reden, Neunkirchen, Bexbach und Homburg.

<sup>167</sup> J. Collet, Das Wirtschaftsleben... (1930), 46.

<sup>168</sup> K.L. Rug, "Kurze Heimatgeschichte ..." (1984), 9.

<sup>169</sup> J. Karbach, "Bevölkerungszahlen..." (1986/1987), 210.

<sup>170</sup> J. Collet, Das Wirtschaftsleben... (1930), 9.

<sup>171</sup> K.L. Rug, "Kurze Heimatgeschichte..." (1984), 9.

<sup>172</sup> Ob direkt in Remmesweiler und Niederlinxweiler sogenannte "Gehöferschaften" existierten, konnte aufgrund der vorliegenden Literatur nicht eindeutig geklärt werden. Bei dieser "agrarrrechtlichen Institution" (J. Collet, Das Wirtschaftsleben... [1930], 12) handelte es sich nach H. Horch (Der Wandel... [1985], 36-37) um vorwiegend im Oberamt Ottweiler vorkommende Umverteilungsgemeinden, die außer Haus und Hof keinerlei Privatbesitz kannten. Dies scheint jedoch für Remmesweiler und Niederlinxweiler nicht gegolten zu haben. Nach der von Fürst herausgegebenen "Landesbeschreibung von 1684" (A.Ph. Fürst [Hrsg.], Älteste Einwohnerverzeichnisse... [1938], 131-180, bes. 165-170) existierten in Remmesweiler zur angegebenen Zeit immerhin elf namentlich aufgeführte "Besitzer" von Gartenland, Ackerland und Wiesen. Die übrigen Ländereien gehörten dem Landesherrn und lagen brach. Für Niederlinxweiler wird ebenfalls vom Eigentum an Haus-, Hof-, Garten-, und Ackerland gesprochen. Die übrigen Äcker jedoch wurden der Beschreibung zufolge "jährlich unter den Einwohnern geteilt".

<sup>173</sup> H. Horch, Ebda., 62, 94-95.

Landwirtschaft<sup>174</sup>, aber auch eine Entwicklung, die dazu führte, daß immer weniger Landbesitzer ihr Auskommen in der Landwirtschaft fanden. Wie stark die Zersplitterung des Bodenbesitzes gegen Ende des Berichtszeitraumes tatsächlich war, zeigt das Beispiel des Kreises Saarbrücken, dem die Warndt- und Köllertalgemeinden sowie Gersweiler, Geislautern und Klarenthal-Krughütte verwaltungsmäßig angeschlossen waren. Im Kreis gab es nur zwei Besitzungen mit mehr als 600 Morgen Land. Vier verfügten über 300 bis 600 Morgen, 42 Besitzungen waren zwischen 100 und 300 Morgen groß. Jeweils zwischen 50 und 100 Morgen Land wurden von 192 Besitzungen bebaut. 3 010 Besitzungen standen 5 bis 50 Morgen Land zur Verfügung, und 8 118 hatten weniger als 5 Morgen<sup>175</sup>. Aufgrund ihrer Unrentabilität waren viele Besitzungen hoch verschuldet. Während der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft in der Industrie somit im 19. Jahrhundert immer mehr wuchs, beschränkte sich der Nebenerwerb in Niederlinxweiler und Remmesweiler im 18. Jahrhundert im Gegensatz zum Warndt noch überwiegend auf das dörfliche Handwerk. Der Handel war beinahe ausschließlich auf Wochen- und Jahrmärkte beschränkt<sup>176</sup>.

Auch in Wolfersweiler und Freisen war die Bevölkerung bis zum Ende der Berichtszeit auf die Erträge der Land- und Forstwirtschaft angewiesen. Das Oberrotliegende, auf dem beide Dörfer angesiedelt sind, erhält seinen besonderen Charakter dadurch, daß es zu einem großen Teil aus vulkanischen Stoffen besteht. Darüber hinaus ist das Gebiet im Vorfeld des Hunsrücks bereits sehr gebirgig. Dies bedeutet für die Landwirtschaft die Existenz von schwerer zu bearbeitenden Böden als im Blietal, aber zugleich eine günstigere Ausgangssituation für die bäuerliche Wirtschaft als im Buntsandsteingebiet (Warndt). Um Nohfelden befanden sich ausgedehnte Waldungen (hauptsächlich Buchenwald). Neben Kartoffeln, Roggen, Gerste und Hafer wurden seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert Futterkräuter angebaut, um die Stallfütterung und damit die Gewinnung von Dung zu ermöglichen. Die Viehhaltung war in beiden Pfarreien beträchtlich. Barnstedt<sup>177</sup> erwähnt, daß es in Nohfelden bis in die 1780er Jahre hinein eine einige hundert Arbeiter beschäftigende Blei- und Kupferschmelze gegeben habe, *"welche in Ansehung der Erze von den damaligen Erzgruben zu Walhausen und Gimbsweiler, dann auch zu Mosberg und Wolfersweiler und mit Kohlholz aus dem angrenzenden Buchwalde versehen wurde, und deren Verfall dem zu großen Wasserrandrange in jenen Erzbergwerken zugeschrieben wird"*. Das der Gemeinde Wolfersweiler benachbarte Freisen liegt in einem kleinen Talkessel, dem Freisener Becken. Auch hier, wie im ganzen nördlichen Teilgebiet, herrschte eine durchgehend ländliche Struktur vor, die ihren Bewohnern, mit Ausnahme einer bescheidenen Steinindustrie, wenig Verdienstmöglichkeiten bot. Neben den Ackerbauern gab es lediglich Maurer, Zimmerleute, Steinmetzen, Steinbrecher, Töpfer, Messer- und Nagelschmiede, Ziegler, Leineweber, Pferde- und Viehhandel<sup>178</sup>.

<sup>174</sup> Die Einführung der Kartoffel erfolgte um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Der Kleeanbau kam weitgehend erst gegen Ende des Jahrhunderts auf (J. Collet, *Das Wirtschaftsleben...* [1930], 7). Als Brotgetreide überwogen Roggen und Hafer noch bis weit ins 19. Jahrhundert; hinzu kam die Gerste.

<sup>175</sup> Vgl. von Gärtner, *Statistische Darstellung...* (1862), 10. Eine Darstellung der Verhältnisse in den übrigen Kreisen des Regierungsbezirks Trier findet sich bei O. Beck (*Beschreibung des Regierungsbezirkes Trier* [Bd.1/1868], 269).

<sup>176</sup> J. Collet (*Das Wirtschaftsleben...* [1930], 8-11) betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Viehhaltung und des Viehhandels. Neben der Rinderzucht war um Ottweiler zu Beginn des 18. Jahrhunderts die Schafzucht (und damit auch der Wollhandel) bedeutend. Sie wurde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, als der Schafzucht durch die Intensivierung des Ackerbaues die Grundlage sukzessive entzogen wurde, durch die Schweinezucht ersetzt.

<sup>177</sup> A.E.J. Barnstedt, *Versuch...* (1833), 88.

<sup>178</sup> K.G. Böse, *Das Großherzogtum Oldenburg...* (1863), 661.

## 2.5. Die Methodik der Mortalitätsberechnungen

Die Berechnung aller Werte zur Säuglingssterblichkeit erfolgte auf der Grundlage der Berliner Datenbank. Damit hängen Zuverlässigkeit, Aussagekraft und Repräsentativität der Säuglingssterbeziffern davon ab, welche Daten aus den Ortssippenbüchern Eingang in die Berliner Datenbank gefunden haben, wie beim Aufbau derselben mit Mängeln in der Kirchenbuchführung umgegangen worden ist und auf welche Weise z.B. das Problem der Unterregistrierung von Säuglings- und Kindersterblichkeit bewältigt wurde. Antworten auf diese Fragen finden sich im bereits mehrfach erwähnten Dokumentationsband zum DFG-Projekt (Kap.2.1.)<sup>1</sup>. An dieser Stelle sollen sie nur insoweit wiederholt werden, als dies für die Einschätzung der Datenqualität unabdingbar ist.

Aus den Ortssippenbüchern wurden alle Geburten aufgenommen von Eltern bzw. unverheirateten Müttern, die im Untersuchungsgebiet mit bekanntem Todesdatum gestorben waren. Die Ehen der Eltern mußten vor 1850 geschlossen worden sein, die erste uneheliche Geburt unverheirateter Mütter mußte vor 1860 erfolgt sein. Die Aufnahme der Geburten erfolgte unabhängig von der Existenz einer Verbleibsnachricht (z.B. Tod, Konfirmation, Heirat). Die Ortsansässigkeit der Eltern oder ledigen Mütter verminderte allerdings die Gefahr einer Abwanderung der Kinder vor dem 15. Lebensjahr. Da die Selbsthaftigkeit der ledigen Mütter im Verlauf der Berichtszeit stieg, stieg der Anteil der illegitimen Geburten im Datensatz auch aus diesem Grund. Bei der Interpretation der IM-Werte ist dies besonders in den Gebieten zu beachten, in denen die Illegitimenquote in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die 5%-Marke erreichte (Schwalm, Herrenberg, Ortenau).

Die Unterregistrierung von Säuglingssterbefällen ist ein Problem, daß in Kirchen- und damit Ortssippenbüchern regelmäßig auftritt. Es ist jedoch in dem Maß zu bewältigen, wie die unterregistrierten Zeiträume festgestellt und aus der Auswertung ausgeschlossen werden können<sup>2</sup>. Dies geschah im Fall der Berliner Datenbank in Anlehnung an ein Verfahren von Knodel<sup>3</sup>. So blieben in den Untersuchungsgebieten Ostfriesland, Saarland und Ortenau alle Geburtsjahrgänge vor 1740 unberücksichtigt, im Saarland zusätzlich einige Geburtsjahrgänge der 1790er Jahre, als das Gebiet zu Frankreich gehörte. Für die Schwalm, Hartum und Herrenberg liegen zuverlässige Einträge bereits ab 1690 vor. Innerhalb der Untersuchungsgebiete wurden einzelne Jahre in bestimmten Gemeinden von den Mortalitätsberechnungen ausgeschlossen: Loga und Logabirum (Ostfriesland) vor 1800, Breiner Moor (Ostfriesland) 1750-79, Backemoor (Ostfriesland) 1745-49, Aurich-Oldendorf (Ostfriesland) 1812-14, Willingshausen (Schwalm) als Ganzes, Holzburg (Schwalm) 1790-1804, Freisen (Saarland) 1820-29, das katholische Remmesweiler (Saarland) 1770-74, Ludweiler (Saarland) 1755-62 und 1777-96, Rust (Ortenau) 1751-61 sowie Kappel (Ortenau) vor 1810. Da die lokalen Lücken nicht die gleichen Zeiträume betreffen, fielen aufgrund der Größe der Untersuchungsgebiete nach 1740 in keinem Untersuchungsgebiet ganze Dekaden aus.

Ein weiteres Problem, das bei der Berechnung der Säuglingssterblichkeit berücksichtigt werden mußte, ist die Fehldeklaration von Totgeburten als Lebendgeburten. Es führte zur Anwendung der sogenannten 1/4-Methode<sup>4</sup>. Diese wird der Tatsache gerecht, daß auf die Angaben zu den Totgeburten in den Kirchenbüchern und folglich auch in den Ortssippenbüchern selten Verlaß ist. Häufig ist die Trennung zwischen den Lebendgeburten, die kurz nach der Geburt verstarben und den Totgeburten unscharf. Zusammengenommen machen die nach Aussage der Quellen tot zur Welt gekommenen Kinder und die am Tage der Ge-

<sup>1</sup> R. Gehrman und M. Roycroft, "Quellen und Methoden..." (1990), 62-72.

<sup>2</sup> Ebda., 65.

<sup>3</sup> J.E. Knodel, Demographic behavior... (1988), 484-492.

<sup>4</sup> R. Gehrman und M. Roycroft, "Quellen und Methoden..." (1990), 73.

burt gestorbenen Säuglinge aber in allen Untersuchungsgebieten etwa den gleichen Anteil an den Geborenen aus. Aufgrund von Vergleichsdaten nimmt Gehrmann ein Viertel dieser Gesamtgruppe als Lebendgeburten an. Aus der Menge der am Tag ihrer Geburt verstorbenen Kinder, ob sie nun als Tot- oder als Lebendgeborene in den Ortssippenbüchern verzeichnet worden waren, wurden deshalb nach dem Zufallsprinzip (Unterteilung der Monatstage in vier Viertel und Zuweisung als Tot- oder Lebendgeburt nach dem Datum) drei Viertel als Tot- und ein Viertel als Lebendgeburten angenommen. Alle IM-Werte, die in der vorliegenden Arbeit mit dem Zusatz "exklusive Totgeburten" versehen sind, sind nach der 1/4-Methode berechnet.

Rein technisch erfolgte die Berechnung der Säuglingssterblichkeit auf der Basis einzelner regionaler Datensätze der Berliner Datenbank unter Anwendung des Statistik-Programmpakets SPSS.

Die Frage, inwieweit die Säuglingssterblichkeit in den Datensätzen die Säuglingssterblichkeit in den Untersuchungsgebieten repräsentiert, hängt von dem Prozentsatz ab, mit dem die Geburten im Untersuchungsgebiet Eingang in den jeweiligen Datensatz gefunden haben. Dieser konnte für fünf Orte des Untersuchungsgebietes Herrenberg abgeschätzt werden, da für diese die Zahl sämtlicher in den Kirchenbüchern auftretenden Geburten bekannt war<sup>5</sup>. Demnach verzeichnete der Herrenberg-Datensatz rund 70% der tatsächlichen Geburtenzahl im Untersuchungsgebiet Herrenberg. Die IM-Werte, nach der 1/4-Methode in pro mille der Lebendgeborenen berechnet, sind daher als repräsentativ und zuverlässig einzuschätzen.

---

<sup>5</sup>

Ebda., 63.